

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis 3,50 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.
Einzelnnummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat, eingetragene in der Post-Zeitungspreisliste für 1901 unter Nr. 7071.
Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühren
Betragt für die sechsgehaltene Kolonnette oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf., „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf., (nur das erste Wort frei).
Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adressen:
„Socialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Vernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Dienstag, den 11. Juni 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Vernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Kohlenzoll für Brotzoll.

Der Kampf der Agrarier für Erhöhung der Agrarzölle treibt die selbstsamten Wästen. Als im Herbst vorigen Jahres die Kohlenpreise durch die lauberen Praktiken des Kohlen- und Coals-Syndikats in die Höhe getrieben wurden, da versiegte sich die agrarische Presse, voran die „Kreuz-Zeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“, um sich dem kleinen Mittelstand als speziellen Beschützer seiner Interessen in empfindliche Erinnerung zu bringen, zu den schärfsten Drohungen gegen die Kohlenwucherer. Selbst vor der Androhung einer Verstaatlichung der Bergbetriebe schreckten die Blätter der Rechten der Nation in ihrer stilligen Enttäuschung über die Vereinerung der Kohlenproduzenten auf Kosten der breiten Masse der Konsumenten nicht zurück.

Das war damals, — vor neun Monaten. Seitdem haben sich die Kohlenproduzenten als jene Gruppe unter der schützösterreichischen Gefolgschaft des Centralverbandes deutscher Industrieller erwiesen, die zu weitestem Entgegenkommen gegen die jüngerlichen Herzenswünsche geneigt ist, und unter dem Eindruck dieser Entdeckung gleichartiger Exploitationsgeföhle in den beiderseitigen Gemütern hat sich der alte Born der Agrarier in eine Art freundschaftlicher Wertschätzung verwandelt, zumal seit sich die Ausichten auf Durchföhung ihrer Forderungen wieder verschlechtert haben und es gilt, alle gleichgesinnten Seelen zusammen zu halten. So sind denn auch die agrarischen Blätter recht schweigsam über das von uns wiederholt (Nr. 106 und 130 des „Vorwärts“) gekennzeichnete Bestreben der Bergwerksbesitzer, unter jeder Bedingung die jetzigen abnormen Kohlen- und Coalspreise hoch zu halten, mag dadurch auch die schwierige Lage verschiedener der kleineren Industrien noch weiter verschämmert werden. Vergessens sucht man in den Blättern der jüngerlichen Presse nach einer Beurteilung der Manipulationen des Kohlen- und Coals-Syndikats; auch der Sonnabendbeschluss des letzteren, die Produktions-einschränkung, die bisher 20 Proz. (tatsächlich 22 Proz.) betrug, für den Monat Juni auf 25 Proz. zu steigern, hat sie nicht aus ihrer Gemütsruhe aufgeschreckt, und ebensowenig dürfte die angekündigte Förderungseinschränkung des heute, Montag, in Essen tagenden Kohlen-Syndikats, sie zum Eintreten gegen die im vorigen Jahre beschiedenen „Kohlenwucherer“ bestimmen. Im Gegenteil, erst gestern brachte die „Deutsche Tageszeitung“ folgende Entlehnung aus der schützösterreichischen Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz:

Von verschiedenen Seiten ist die sofortige Einföhung eines deutlichen Eingangszolls auf Steinkohlen als Gegenmaßregel gegen den britischen Kohlenausfuhrzoll in Vorschlag gebracht worden. Deutschland ist neben Frankreich der größte Abnehmer englischer Kohlen. Unsere gesamte Steinkohleneinföhre betviertele sich 1898 auf 69, 1899 auf 86 und 1900 auf 115 Millionen Mark, wozu noch eine jährliche Coals-einföhre im Werte von 8—11 Millionen Mark zu rechnen ist. Da rund 80 Proz. dieser Einföhre auf englische Kohlen entfallen, so würde in der That ein Eingangszoll, der natürlich auf Braunkohlen, die ausschließlich aus Österreich-Ungarn eingeföhrt werden, nicht auszubedenken wäre, den englischen Kohlenvorrat recht empfindlich treffen und zugleich der deutschen Kohle den Wettbewer mit der englischen in unserm Nord- und Ostseebahnen erleichtern. Leider gehört aber auch die Steinkohle zu denjenigen Artikeln, deren Zollfreiheit durch die Handelsverträge vom Jahre 1891 gebunden worden ist. Die Bindung erstreckt sich auf sämtliche Arten mineralischer Brennstoffe: Braunkohle, Coals, Steinkohle, Torf, Preßkohlen usw. Nun sind wie allerdings England gegenüber in keiner Weise vertraglich gebunden, wir könnten also ganz gut die englische Steinkohle mit einem Eingangszoll beladen, während österreichische und belgische Steinkohle zollfrei bei uns einzieht. Daß die Reichsregierung indessen zu einem solchen Schritt nicht geneigt ist, geht schon daraus hervor, daß das Gesetz, wonach wir England und den englischen Kolonien autonom die Meistbegünstigung gewöhren, erst vor kurzem bis Ende 1903 verlängert worden ist. Es bliebe somit nur die Möglichkeit, den Zoll nach Ablauf der Verträge im Jahre 1904 einzuföhren. Für diesen Fall würde in unserm neuen Zolltarif ein Eingangszoll auf Steinkohlen und Coals vorgesehn sein. Ein solcher Zoll wird auch von verschiedenen andren Staaten erhoben. So erhebt Frankreich von Steinkohlen und Coals 1,20 Franc pro Tonne, die Schweiz 0,20 Franc von Steinkohlen, Spanien von Steinkohlen und Coals 2,50 Pesetas (nach dem Maximaltarif 8 Pesetas) pro Tonne. In der Türkei besteht ein Einföhrozoll von 8 Proz. und ein Ausfuhrzoll von 1 Proz. des Wertes. Rußland erhebt bei der Einföhre über die daltischen Häfen und über die westliche Landgrenze von Steinkohlen 1 Kop., von Coals 1 1/2 Kop., beim Eingange über die Häfen des Schwarzen und Sowischen Meeres von Steinkohlen 4 Kop., von Coals 6 Kop. pro Pud. Ferner bestehen Eingangszölle in Dänemark, Portugal, Bulgarien Rumänien (für Anthracit), Kanada, den Vereinigten Staaten, Japan usw.

Nicht genug, daß der jetzt von England erhobene Ausgangszoll die englische Kohlenausfuhr schmälert und den Preis für englische Kohle erhöht, also indirekt die Preissteigerung des deutschen Kohlenproduzenten fördert, es soll auch noch der englische Ausfuhrzoll, obgleich er die Profitinteressen der deutschen Kohlenproduzenten keineswegs schädigt, sondern vielmehr begünstigt, zum Anlaß dafür dienen, durch Erhöhung eines deutschen Eingangszolls den deutschen Inlandsmarkt noch weit mehr als bisher der Wälder der Subsidiale auszuföhren. Und da diesem Vorgehen leider vorläufig die Verlängerung des Meistbegünstigungsvertrages mit England im Wege steht, so soll wenigstens darauf hingearbeitet werden, daß von 1904 an Kohlenzölle erhoben werden.

Eine unverkähmtere Förderung der Monopolbestrebungen der Brennstoff-Syndikats kann sich die „Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ kaum leisten — und doch giebt sich die „Deutsche Tages-

Zeitung“ zuvorkommend zu ihrer Unterstützung her, nur um sich durch diese Dienstwilligkeit das gütliche Wohlwollen der Kohlenmagnaten zu sichern, denen man besonders enge Beziehungen zum jetzigen Handelsminister nachsagt. Der Vorgang wirkt ein helles Licht sowohl auf die Unheimlichkeit, mit der voriges Jahr die agrarischen Blätter gegen den Kohlenwucherer eiferten, als auf die Skrupellosigkeit, mit der sie die Mittel zur Durchföhung ihrer Forderungen wählen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Juni.

Der Zollstreit.

Daß der Doppeltarif aufgegeben worden ist, wie die „Berl. Reichs-Nachr.“ vor kurzen gewissermaßen als Ergebnis der ministeriellen Konferenz meldeten, getrauen sich die Agrarier nicht mehr anzuzweifeln. Die „Deutsche Tageszeitung“ zieht sich jetzt darauf zurück, daß die Konferenz „eine völlige Umkehr auf dem einmal beschrittenen Wege nicht bedeuten könne, da diese sich mit den Erklärungen des Reichskanzlers schlechterdings nicht vereinbaren würde“. Es ist für die „D. T.“ eine ungewöhnliche Bescheidenheit, daß sie nur eine „völlige Umkehr“ abwehrt. Hier von kann allerdings keineswegs gesprochen werden und einige liberale und nationalsoziale Blätter geben sich einem sehr überschwänglichen und sehr thörichtigen Optimismus hin, wenn sie meinen, daß „die Brotwuchereraktien immer tiefer sinken“.

Die gegenwärtige Situation in der Zollfrage dürfte richtig gekennzeichnet werden in einem Artikel der „Deutschen Industrie-Zeitung“, dem Organ des Centralverbandes deutscher Industrieller, dessen Zollpolitik immer mehr die Zollpolitik der Regierung wird. Die „Deutsche Industrie-Zeitung“ führt aus:

„Es mag bemerkt werden, daß aller Wahrscheinlichkeit nach das Maß des Zollrückes im Groben das alte bleiben wird. Jene welche erhebliche Erhöhung der Durchschnittssätze industrieller Erzeugnisse ist nicht geplant. Was die feineren Produkte gewinnen, dürfte den größeren so ungefähr abgezogen werden.“

Im Anfang der Erörterung der neuen Zolltarifffrage hat die Frage des Doppeltarifes eine ganz bedeutende Rolle gespielt. Noch als im Herbst 1900 in Heft 88 der „Verhandlungen“ usw. des Centralverbandes die Denkschrift von H. K. Bued erschien: „Für und wider die gezielte Festsetzung eines Maximal- und eines Minimal-Zolltarifs als Grundlage für die Handelspolitik Deutschlands“, da verhandelt es wieder die freihändlerische noch die agrarische Presse, wie der Centralverband es ablehnen konnte, aus einer solchen reinen Taktik- und Verwaltungsfrage eine Programmfrage zu machen. Aber die Entwicklung der Dinge hat ihm Recht gegeben. Neben den Doppeltarif-Entwurf des Reichsamts des Innern ist ein Einheitsstariffentwurf des Reichs-Schatz-amtes getreten, in dem sich auch nicht ein einziger Doppeltarif findet. Ueber diese Frage ist aber noch eine grundsätzliche Einigung zu erzielen, ehe es sich lohnen kann, die Tariffage selbst endgültig in der Form festzustellen, wie sie dem Reichstage vorgelegt werden können. Sieht der Einheitsstariff endgültig, wie es nach sachkundiger Männer Meinung wohl den Anschein hat, dann dürfte sich die ganze Arbeit wesentlich vereinfachen und der Streit der Parteien um den Zolltariff um einen Streitpunkt ärmer sein. Jeder Einheitsstariff, der auf den Abschluß von Handelsverträgen berechnet ist, ist ein Maximaltariff. Nur ergeben sich die dazu gehörigen Minimalhöhe erst aus dem Abschluß der Handelsverträge. Jeder solche Einheitsstariff muß hoch genug angelegt werden, daß er noch für Zugeständnisse andren Staaten gegenüber in Handelsverträgen Spielraum bietet, ohne die heimische Arbeit schädlich dem Auslande preiszugeben.“

Weiter teilt die „Deutsche Industrie-Zeitung“ mit, daß für Weizen ein 6 M.-Zoll im neuen Zolltariff zu erwarten sei, während der Roggenzoll auf 5 M., wie im jetzt bestehenden Generaltariff, verbleiben soll. Im aber den agrarischen Ansprüchen gerecht zu werden, dürfte die Reichsregierung die Erklärung abgeben:

„Daß sie bei Abschluß neuer Handelsverträge nicht unter einem bestimmten Prozentsatz des autonomen Tarifzolls zu gehen gedente, falls Abänderungen der Lebensmittelsätze des autonomen Tarifs beim Abschluß künftiger Handelsverträge überhaupt noch dieselbe Rolle spielen sollten wie in der Vergangenheit; was keineswegs als unmöglich gilt.“

Besteht es also die Gefahr eines Doppeltarifs, der die Regierung für die Handelsvertrags-Verhandlungen gesetzlich auf bestimmte Mindestsätze bindet. Das ist gewiß eine Ermüdung der rührigen Protestbewegung gegen den Vrotwucher und einiger Anlaß der Betrübnis für die extremen Agrarier. Aber irgend welche Sicherung gegen bedeutende und gemeingefährliche Erhöhung der Kornzölle ist damit noch keineswegs gegeben. An Stelle des gesetzlichen Doppeltarifs tritt, wie wir schon kürzlich ausführten, der stille Doppeltarif des reichskanzlerischen Versprechens, nicht unter einen bestimmten Prozentsatz des Tarifs hinunterzugehen. Und dazu noch die Erhöhung des Weizenzolls bis zu 6 M., während der jetzige Generaltariff 5 M. aufweist und durch die Handelsverträge auf 3,50 M. vereinbart wurde. Das deutsche arbeitende Volk hat daher allen Anlaß, seinen Kampf gegen den Vrotwucher ungenügend fortzuführen. —

Milde Steuererleichterung.

Angeichts der erheblichen Schäden, welche in einzelnen Provinzen infolge der Auswinterung von Saaten entstanden sind, hat der Finanzminister an die beteiligten Oberpräsidenten die nachstehende Verfügung gerichtet:

„Im Hinblick auf die erheblichen Schäden, welche in einzelnen Provinzen infolge der Auswinterung von Saaten entstanden sind, ersuche ich Euer Excellenz, soweit Sie dies nach Lage der Verhältnisse in Ihrer Provinz für angezeigt erachten, darauf hinzuwirken, daß die königlichen Regierungen in den betroffenen Bezirken auf die obwaltenden Verhältnisse die erforderliche

Rücksicht bei der Einziehung der direkten Staatssteuern nehmen.

Vor allem ist es geboten, in der Anwendung des Zwangsverfahrens gegen Steuerschuldner, welche durch den unglücklichen Saatenstand in eine bedrängte Lage geraten sind, möglichst milde zu verfahren und die Behörden von vornherein mit entsprechender Anweisung zu versehen.

Nach gehöriger Prüfung der Verhältnisse der einzelnen Steuerpflichtigen wird allen denjenigen, welche aus dem genannten Anlasse gegenwärtig zur Zahlung ohne Härte nicht angehalten werden können, vorerst Stundung der Steuerbeiträge zu bewilligen sein.

In den geeigneten Fällen könnten ferner die nach den bestehenden Vorschriften auf Antrag des Steuerpflichtigen zulässigen Steuererlasse eintreten. Im Hinblick auf den Wortlaut des dabei in Betracht kommenden § 68 des Einkommensteuer-Gesetzes bemerke ich, daß eine Auswinterung in größerem Umfange unbedingt als ein „außergewöhnlicher Unglücksfall“ im Sinne des Gesetzes anzusehen sein wird. Vorauszusehen ist allerdings, daß in jedem Einzelfalle das Vorhandensein der sonstigen gesetzlichen Erfordernisse für eine Steuerermäßigung dargethan wird und Bewilligungen auf das Maß des Notwendigen beschränkt werden.“

Gegen diese Hilfsaktion des Staates ist nichts einzuwenden. Aber es ist zu fordern, daß der Staat auch gegenüber andren Teilen der Bevölkerung, die noch weit schwerer leiden als jetzt in einigen Gebieten die Landwirte, ähnliche Bereitwilligkeit zur Hilfsleistung beweist. Dem Arbeiter, der durch Lohnföhung und Arbeitslosigkeit in Bedrängnis gerät, naht der Steuererleuter nicht in dem „milden Verfahren“, das der Finanzminister für die Leidenden der Landwirtschaft vorschreibt! —

Deutsches Reich.

Ungeklärtes zum Falle Kroßigk. Der durch das Gumbinner Kriegsgericht von der Anklage des Vortodes freigesprochene Sergeant Hidel ist der „Rot-Ztg.“ zufolge auf Verreiben der Gerichtsherren erster und zweiter Instanz in Haft gehalten worden.

Diese Verfassung steht im Widerspruch zum § 179 der Militär-Etatsgerichts-Ordnung, der lautet: „Die Untersuchungs-haft ist aufzuheben, wenn ein Grund zur Verhaftung nicht mehr besteht oder wenn der Beschuldigte freigesprochen oder außer Verfolgung gesetzt wird. Das Gleiche gilt, wenn die Verurteilung auf Selbsttöte lautet, oder, sofern besondere Umstände nicht entgegenstehen, wenn die erkannte Freiheitsstrafe die Dauer von sechs Wochen nicht übersteigt. Durch Einlegung eines Rechtsmittels darf die Freilassung des Angeklagten nicht verzögert werden. Auf Grund neuer Verdachtsgründe oder Beweismittel kann der höhere Gerichtsherr gegen den Angeklagten einen neuen Haftbefehl erlassen.“

Am 8. Juni nachts 11 1/2 Uhr wurde Hidel in Gumbinnen freigesprochen. Die alsbald unternommenen Versuche des Verteidigers, die Freilassung des Freigesprochenen zu erwirken, blieben aber erfolglos. Am 7. Juni erhielt der Verteidiger die Nachricht, daß der Gerichtsherr der Berufungsinstanz durch Haftbefehl vom 6. d. M. die Untersuchungs-haft angeordnet habe, weil Hidel (trot seiner Freisprechung) dringend verdächtig sei, sich der Teilnahme an dem am 21. Januar 1901 zu Gumbinnen erfolgten Morde des Rittmeisters v. Kroßigk schuldig gemacht zu haben, und weil Hidel der Mord verdächtig sei und Kollisionsgefahr vorliege, sowie ein Verbrechen den Gegenstand der Untersuchung bildet.“ Ein neuer Verdachtsgrund oder ein neues Beweismittel ist in diesem Haftbefehl nicht angegeben. Der Gerichtsherr, Generalleutnant v. Alten, telegraphierte am 4. Juni abends 8 Uhr an den Verteidiger, er könne erst nach seiner Rückkehr nach Jüterburg Entscheidung treffen. Am Mittage desselben Tags hat jedoch der Oberleutnant Röhler, Regimentsadjutant des Dragoner-Regiments v. Wedel, dem Angeklagten Hidel „im Auftrage der Division“ eröffnet, er sei vorläufig festgenommen.

Dem Verteidiger sagte Generalleutnant v. Alten, er sei starr über die Entscheidung des Gumbinner Kriegsgerichts (welches überwiegend aus Offizieren besteht), der kommandierende General kritisiert das Kriegsgericht, welches Hidel und Marten freigesprochen hat, dadurch, daß er einen Angeklagten trotzdem für dringend verdächtig des Mordes hält. Als der Haftbefehl des kommandierenden Generals dem Angeklagten von einem Kriegsgerichtsrat des Gerichts der zweiten Division — das auch in Gumbinnen gerichtet hat — eröffnet wurde, sagte Hidel: „Wie ist meine Verhaftung möglich, ich bin doch freigesprochen!“ Darauf erwiderte der betreffende Kriegsgerichtsrat wörtlich: „Nun, das Kriegsgericht kann ja auch Dumheiten gemacht haben.“

Diese hohen Militärs scheinen sich aus der Zeit des absolut geheimen Gerichtsverfahrens noch nicht genügend herausgewöhnt und an eine moderne Rechtspflege gewöhnt zu haben. Außerdem fehlt ihnen offenbar die Einsicht, daß solche Kritik kriegsgerichtlicher Urteile eine schwerste Erschütterung der Autorität und der Disziplin darstellt. —

Schmoßs Meisterstück.

Sich selbst übertroffen hat sich am Sonntag das edle „Berliner Tageblatt“. Nachdem die amtliche „Berliner Korrespondenz“ ihr Kroßigk-Dementi statt gegen das genau und deutlich von uns citierte „Berliner Tageblatt“, demütlich um die Schlagkraft ihres ohnmächtigen Abschwämmungsberichts zu verschaffen, gegen den „Vorwärts“ gerichtet hat, stürzt sich das Organ des Wälfischen Inferatengeschäfts mit Wonne auf das gleiche Wänschen, dessen sich eben durch die vornehme ministerielle Korrespondenz gewöhnt war,

und indem es folgt den von seinem siedernden Vorgänger hinterlassenen „Seelenbrenn“ einfaßt, ruft es vergnügt: Ja, die böse socialdemokratische Presse, durch die wir — das Roffe-Blatt — leider uns auch verführen liehen.

Man muß diese Dokumente Schmodischer Moral insanity im Vorlaut zu sich nehmen, um die Grenzlosigkeit der Frechheit recht zu würdigen. Am Freitagabend schrieb das „Berliner Tageblatt“:

„Der ermordete Mitnehmer v. Krosigk hatte, wie wir noch der „Vollstimme“ berichteten, in Magdeburg neun Monat in Festungshaft verbracht; über die Veranlassung zu dieser Strafe vermochte das genannte Blatt nichts zu berichten. Inzwischen sind wir in die Lage gebracht, hierüber folgendes Nähere mitzuteilen: Herr v. Krosigk war zu zwei Jahren Festung verurteilt worden, weil er im Jahr 1890 seinen Wirtshaus erlöschend hatte. Der betreffende Wirtshaus war der einzige Sohn von Bauernleuten, welche über den Verlust untröstlich geweinen sind. Nachdem Herr v. K. neun Monate von der über ihn verhängten Strafe verbüßt hatte, wurde ihm der Rest in Gnade erlassen, jedoch unter Zurücksetzung im Avancement.“

Wie andre Blätter griff auch der „Vorwärts“ die Nachricht auf. Am Sonnabend langte die „Berliner Korrespondenz“ die Richtigkeit der Meldung, und nun setzte sich der Roffe-Schmod hin und schrieb das Folgende:

„Zum Fall Krosigk hatten socialdemokratische Blätter die Mitteilung veröffentlicht, der Mitnehmer v. Krosigk sei, weil er seinen Wirtshaus im Jahr 1890 erlöschend habe, zu zwei Jahren Festung verurteilt, nach Verbüßung von neun Monaten in Magdeburg aber begnadigt worden. Diese Nachricht, welche auch in unser Blatt Eingang gefunden hat, wird nun von der amtlichen „Berliner Korrespondenz“ wie folgt demontiert“ usw.

Wenn auch die Genialität dieses Meisterstücks dadurch ein wenig an originellem Wert verliert, daß Schmod von der ministeriellen Korrespondenz zu ihr angeregt und ermutigt worden ist, so verdient sie doch immer noch die höchste Anerkennung aller Fachleute auf dem Gebiet von Geld- und Wechselgeschäften.

„Also zuerst“ — bemerkt die „Kreuzzeitung“ — „wählten die socialdemokratischen Blätter nichts von der Sache, wohl aber war das folge „Berl. Tagbl.“ in der Lage, näheres mitzuteilen. Als nun die Geschichte sich als eitel Fäulerei erwies, waren die socialdemokratischen Blätter mit einem Male die Urheber, und das unschuldige Roffeische Blatt hatte der falschen Mitteilung nur „Eingang“ gewährt. Einer edleren Dreistigkeit wird man schwerlich anderswo wieder begegnen! Uebrigens muß bemerkt werden, daß der „Vorwärts“, gegen den sich die amtliche Berichtigung wendet, die Nachricht unter vollständiger Quellenangabe dem „Berl. Tagebl.“ entnommen hatte.“

**Zur Charakteristik Krosigks** teilt die „Tilsiter Allg. Ztg.“ mit, daß Krosigk keine Gattin, wahrscheinlich, weil sie für den Reitsport nicht eingenommen war, eines Tages auf einem Pferde festgebunden hatte und dieses in der Reithalle herumlaufen ließ. Krosigk wurde dann dienstlich aus der Reithalle abgerufen. Den Witten der Frau folgend, befreite sie der Unteroffizier Marten aus der unangenehmen Lage, und was geschah? Marten mußte dafür, daß er der Bitte der Frau nachkam, 14 Tage Arrest verbüßen, die ihm v. Krosigk judiziert haben soll. Wie außerordentlich wird, hat Frau v. Krosigk vor der Verurteilung Martens sich zu dessen schwergeugter Mutter begeben, ihr ein Bouquet überreicht und der fassungslosen Frau in warmen, herzlichen Worten Trost gespendet.

### Monarchistische Beteuerungen

haben die Konservativen, die den Kanal verweigerten und dem Kaiser zumuten, Brotwucher zu treiben, äußerst nötig. Eine hervorragende Leistung vollführte auf diesem Gebiete Graf v. Schvorenin-Löwitz bei einem agrarischen Festmahl in Stettin. Er sagte:

„Meine Herren! Wenn wir von dem uns allen gemeinsamen monarchischen Standpunkt aus einmal einen Blick auf die politische Entwicklung anderer Länder werfen, so werden wir es jedesmal als ein großes Glück — als eine besondere Gnade Gottes empfinden, daß unsern deutschen Volk — wir dürfen das wohl ohne Ueberhebung sagen — allen gegenteiligen Vergiftungsversuchen zum Trost, bis auf den heutigen großen Tag in seiner großen Mehrheit und mehr als irgend einem andern Volk, eine gesunde monarchische Gesinnung, eine unerschütterlich treue Liebe für unsere angestammten Fürstenthümer erhalten geblieben ist. Wir werden darum in anderen Ländern von einsichtigen Politikern — mir ist das zum Beispiel von französischen Republikanern wiederholt ausgesprochen worden — geradezu beneidet. Diesen unschätzbaren Besitz danken wir in erster Linie ja unsern Herrscherhäusern selbst; wir haben ihn aber auch als ein löstliches, unveräußerliches Erbeil unserer Väter zu betrachten und daraus erwächst uns allen ohne Ausnahme die große und verantwortungsvolle Pflicht, diesen Besitz einer treuen monarchischen Gesinnung auch kommenden Geschlechtern unverkürzt zu erhalten. Darum ist eine schöne Sitte in deutschen Landen, daß königstreue Männer weder in größerer öffentlicher Versammlung, noch beim höchsten Festmahl zusammenzutreten können, ohne zunächst sich gegenseitig das Gelöbnis zu geben, immer und unter allen Umständen — in guten wie in bösen Tagen — und mögen die Meinungen sonst so weit auseinandergehen wie sie wollen — unverbrüchlich festzuhalten an der ihnen gemeinsamen königstreuen Gesinnung und Liebe zum monarchischen Vaterlande. Diesen tiefen und ernsten Sinn hat in Deutschland das Hoch auf den Kaiser, und wir wollen uns wohl halten, es zu einer inhaltslosen Form, die zu nichts verpflichtet, herabzulassen zu lassen. Unbeschadet unserer verfassungsmäßigen Pflicht, für das Wohl des Landes nach unsrer eignen Ueberzeugung einzutreten, verpflichten wir uns als aufrichtig monarchische und königstreue Männer auch die Krone und unser Herrscherhaus nach unseren besten Kräften vor Schaden und Raub zu bewahren — und dieser unsrer Pflicht wollen wir immer und überall wohl eingedenk bleiben. Meine Herren! Die deutsche Königstreue, unter deren Schirm wie unter einer mächtigen Eiche auch der Thron der Hohenzollern steht, wurzelt — das sage ich mit Stolz und voller Ueberzeugung — bis heute nirgends tiefer und fester als in den Herzen der Pommerschen Landwirte. Gott gebe — und lassen Sie uns alle thun, was in unsrer Kräften steht — daß es immer so bleibe.“

Mit diesem Wunsch und in dieser Bedeutung bitte ich Sie, auch hier einzustimmen in den Auf: „Seine Majestät, unser allergnädigster Kaiser und König, Herzog von Pommern, Wilhelm II. Hoch!“

Die Herren Konservativen und Agrarier empfinden ein überaus starkes Bedürfnis, sich dem Monarchen zu empfehlen, und ihre Befähigung hierzu, durch lange Gewohnheit geübt, ist wahrlich hervorragend und bewundernswürdig. Wie aber wäre es, wenn der Kaiser zu der Ueberzeugung gelangt, daß die gemeinschaftlichen Korngesetzforderungen der Herrn Grundbesitzer rücksichtslos abgewiesen werden und daß die unheilvolle Macht der Junkeraristokratie gebrochen werden müsse? Wie werden sie dann monarchische Gesinnung bekunden — die Herren Kanalrebellanten?

**Der Bundesrat** stimmte in seiner Sitzung am Montag der Vorlage betreffend die Handelsbeziehungen zum britischen Reich zu und nahm den Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes für Beamte und Personen des Soldatenstandes in der Fassung der Beschlüsse des Reichstags an.

**Nochmals: Der Agent des „Bunds der Landwirte“ im Centrum.** Das Dementi des Herrn H. P. Bauer scheint sich an Keuferlichkeiten zu klammern. Will er etwa nur bestreiten, er sei, wie wir verlangt hatten, als Agent des Bundes „verpflichtet“? Oder ist neuerdings die Subvention eingestellt? Der Kernpunkt ist doch, ob er, der scheinend waschechte Centrumsmann, vom Bunde subventioniert wurde, und es würde in seinem Interesse liegen, die Mitglieder des Bundesvorstands zu einer öffentlichen Erklärung zu veranlassen, daß dies niemals geschehen sei. Eine solche Erklärung dürfte aber der Bundesvorstand nicht abgeben, da Herr Bauer auf dringendes Ersuchen sein Geld von der Bundeszentrale unter einer Dedresse zugewandt wurde. Diese Geheimthurei ist das Interessanteste an der Sache, denn Herr Bauer ist ja nicht allein subventioniert; der Bund hat z. B. auch Reichstags-Abgeordnete subventioniert.

**Steigende Getreidepreise** sind auch im Mai zu verzeichnen. Die Durchschnittspreise betragen für Weizen 170, für Roggen 145 M. Im April notierte Weizen 160, Roggen 141 M., während Weizen im Mai des Vorjahres nur 151 M. kostete. Und da wollen die Agrarier die hohen Notstandspreise noch um den Zuckerzoll erhöhen.

**Wie Miquel befehtigt wurde.** Es ist kein Geheimnis, daß dem ministeriellen Ende Miquels ein längerer, erbitterter Streit zwischen dem neuen Reichs-Lanzler und dem unter Hohenzollern als nachgegangenen Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums vorangegangen ist. Eine Episode aus diesem Streit erzählt jetzt die „Staatsbürger-Zeitung“, welches antisemitische Blatt sich über den einst auch nationalliberalen Herrn v. Miquel stets als gut orientiert gezeigt hat:

„Gegen Ende des vorigen Jahres soll der „Korb.“ „Allg. Ztg.“ die Weisung zugegangen sein, keine offiziöse Note von Herrn v. Miquel anzunehmen, ohne vorher vom Reichskanzler, beziehungsweise von seinem Auftraggeber das Placet eingeholt zu haben. Eine derartige Pressensperre ist jedenfalls auch ein Novum, das nicht begründet werden kann mit dem Hinweis, daß die Einseitigkeit des Staatsministeriums in jedem Falle nach außen hin erkennbar sein müsse.“

Da Herr v. Miquel sich dieser Pressensperre unterworfen sah, mochte ihn schon die Ahnung erfassen, daß er dem „jungen Manne“ weichen müsse.

**Die censurirten Gewerbe-Inspektions-Berichte unter Mankur?** Die Berichte der deutschen Gewerbe-Aufsichtsbeamten erscheinen nun nicht bloß verspätet, verkürzt und sozialdemokratisch censurirt, sie scheinen auch unter Schloß und Riegel gehalten zu werden, man kann sie gegen gutes Geld nicht mehr kaufen. Hierüber wird uns aus Süddeutschland geschrieben:

Seit Jahren laufe ich regelmäßig alle Berichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten sofort nach ihrer Anündigung, noch niemals war mir dies so schwierig wie im laufenden Jahre. Es ging mehr Zeit als je verloren, bevor ich den bairischen, badiischen und hessischen Bericht erhielt, doch nach mehrfachen Reklamationen belohn ich sie. Den Bericht für das Königreich Sachsen und für Sachsen-Altenburg zu bekommen, war aber bisher unmöglich; ein Spezialgeschäft für Rechts- und Staatswissenschaften an meinem Wohnort teilte mir nach mehrfachen Reklamationen mit, daß diese Berichte im Buchhandel nicht erschienen seien. Trotz der bekannten Zuverlässigkeit dieses Geschäfts wollte ich mich hiervon doch noch überzeugen. Ich ersuchte deshalb einen Freund in der Hauptstadt des deutschen Buchhandels, in der 1. schiffischen Stadt Leipzig, mir diese beiden Berichte zu besorgen. Er teilte mir mit, daß er in einer Reihe Buchhandlungen, unter andern auch bei der J. C. Hinrichs'schen Buchhandlung, diese Bücher zu kaufen suchte, überall erhielt er den Bescheid, daß diese Bücher nicht zu erhalten seien, daß ihr Erscheinungsort buchhändlerisch nicht bekannt gemacht sei. Charakteristisch ist diese Auskunft vor allem auch um deswillen, weil die J. C. Hinrichs'sche Buchhandlung die Verzeichnisse aller im Deutschen Reich erscheinenden Druckschriften zu publizieren hat.

Dieser Anschlag der Oeffentlichkeit für die Fabrikationsinspektions-Berichte ist wohl die alternierendste Methode, die Information über unsere sozialen Zustände zu verhindern. Censur und Unmöglichkeit des Ankaufs der Berichte, das ist eine Leistung, um die uns — Ausland beneiden könnte.

**Wahlbeeinflussungen im Stummischen Wahlkreis.** Im Reichstags-Wahlkreis Ottweit - St. Wendel - Reichenheim ringen im wesentlichen der Nationalliberale Geheimrat Prietze und der Centrums-Abgeordnete Fuchs um das Mandat. Angesichts der starken Wahlbeeinflussungen hat nun Fuchs folgendes Telegramm an den Minister des Innern gerichtet:

„An den Herrn Staatsminister des Innern, Excellenz, Berlin.“

Der Steiger Wagner vom Gegenortschaft zu Grube Kohlwald hat am 7. Juni ds. den Bergmann Karl Ruffing aus Hangard zu sich gerufen, um ihn zu erklären: Durch Besuch der Centrumsversammlung in Ottweiler habe er sich in eine arge Lausche geritten, aus der er nur herauskomme, wenn er bei nächster Gelegenheit in einer Versammlung das Wort für die Kandidatur des Geheimen Bergrats Prietze ergreife. Zeugen: 1. vordannheimer Karl Ruffing aus Hangard, 2. Bergmann Peter Schütz aus Thelen. Die Steiger der außerhalb des Wahlbezirks gelegenen Grube Götzelborn sind schon auf die betreffenden Wahllokale verteilt und so in der Lage, ganz wie bisher die Abstimmung der ihnen unterstellten Bergleute zu kontrollieren. Die Kontrolle kann mit absoluter Sicherheit deshalb geführt werden, weil die gegnerischen Stimmzettel erfahrungsmäßig durch Größe, Form und Papier schon von Weitem kenntlich sind. Die bestrittenen einseitige Ausgestaltung der Stimmzettel wurde auch diesmal abgelehnt. Ein. Excellenz ersuche ich daher ganz ergebenst, hochgeneigtest veranlassen zu wollen, daß sowohl gegen den genannten Bergmann auf Grund des § 336 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich vorgegangen, als auch Borkelung getroffen werde, zu ver., den, daß bei der am 12. Juni d. J. stattfindenden Reichstags-Ergebniswahl im hiesigen Wahlkreis das gesetzlich garantierte Recht der freien und geheimen Wahl durch das ungesetzliche Vorgehen von den der Bergbehörde unterstellten Beamten zahlreichen Staatsbürgerern genommen werde.

**Fuchs,**  
Mitglied des Hauses der Abgeordneten  
für Köln-Stadtkreis.“

Die Antwort des Ministers wird einen nicht unwichtigen Präcedenzfall schaffen, von dem man später Gebrauch machen wird. Schade nur, daß Herr Fuchs nicht auch die gegen die socialdemokratische Agitation gerichteten Einflüsse gleichfalls gebraucht hat.

Das Wahlkomitee des Centrums hat übrigens auch einen Fonds für Schadloshaltung der Opfer der Wahlbewegung gegründet. In dem Aufsatz der Beiträge zu diesem Fonds erbetet, heißt es:

„Am den unerhörten Wahldruck, der seit Decennien im hiesigen Wahlkreis geübt wird, endlich zu brechen, scheint es notwendig, einen Fonds zu bilden, aus welchem diejenigen Bergleute, Arbeiter und Beamte schadlos gehalten werden, die infolge ihrer Stimmabgabe fürs Centrum oder ihrer Teilnahme an Centrumsversammlungen strafverurteilt, abgelehnt oder sonst in ihren Einkünften geschädigt werden.“

„Uebermäßiger Pflichteifer.“ Der Vice-Wachtmeister Gustav Janz Vollmer von der 6. fahrenden Batterie des 11. Feld-Artillerie-Regiments war, wie seiner Zeit berichtet, am 11. Mai d. J. von dem Kriegsgericht der 22. Division in Kassel wegen Mißhandlung Untergebener in 107 Fällen, hiervon in fünf Fällen unter Mißbrauch der Waffe, ferner wegen vorchriftswidriger Behandlung Untergebener, Annahme einer Strafgeißel und

Auslösung Untergebener zur Mißhandlung eines Kameraden, zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten verurteilt worden. Ingleich wurde gegen zehn Kanoniere derselben Batterie wegen Mißhandlung eines Kameraden auf je einen Tag Gefängnis erkannt. Gegen das den Vice-Wachtmeister betreffende Urteil hatte der Commandeur der 22. Division als Gerichtsherr Berufung bei dem Ober-Kriegsgericht des XI. Armee-corps zu Kassel eingelegt, ebenso die zehn Kanoniere, gegen das sie betreffende Urteil. Die Berufungsbegründung in Sachen Vollmer führte aus: Die gegen den Vice-Wachtmeister Vollmer erkannte Strafe sei als eine zu geringe zu betrachten. Die Mißhandlungen seien gewohnheitsmäßig erfolgt und ließen auf eine rohe Gesinnung schließen. Auch sei von der Degradation zu Unrecht abgesehen. Der Vice-Wachtmeister sei ferner von der Anklage wegen Abhaltung von der Beschwerdeführung freigesprochen worden, was nicht als gerechtfertigt zu erachten sei. Der Versuch dieser Handlung sei bereits strafbar, und ein solcher liege hier vor. Im übrigen läme auch in der Abhaltung von der Beschwerdeführung eine verwirklichte Gesinnung zum Ausdruck. Vice-Wachtmeister Vollmer hatte noch mehrere einjährig-zweijährige als Zeugen laden lassen, die befunden sollten, daß sie die von dem Vice-Wachtmeister in den Instruktionstunden verabfolgten Ohrfeigen nicht als Mißhandlungen aufgefaßt haben. Die Zeugen sprachen sich auch vor dem Oberkriegsgericht in diesem Sinne aus. Nach ihrer Ansicht sei Vollmer zu diesen Züchtigungen nur zu oft durch die Unvorsichtigkeit und Unaufmerksamkeit der Leute gereizt worden. Ferner wurde das Protokoll einer in Wiesbaden erfolgten kommissarischen Vernehmung verlesen, wonach sich der Rekrutenoffizier der in Frage kommenden Batterien in höchst ungünstigem Sinne über zwei Rekruten aussprach, gegen die sich Vollmer dienstlich besonders schwer vergangen hatte. Die von Vollmer zum „Schäften“ eines Rekruten angestifteten zehn Kanoniere machten geltend, daß sie ihren Kameraden nicht ernstlich geschlagen, sondern ihre Kloppfeitschen mehr auf die Spinde hätten niederfallen lassen, als auf den Rücken des Mannes. Die Schläge seien daher nicht als Mißhandlung aufzufassen. Indessen konnte trotz der Aussagen der Entlassungszeugen an der Thatsache nichts geändert werden, daß die hohe Zahl von 108 Mißhandlungen zu völliger Feststellung gelangte. Der Vertreter der Anklagebehörde beantragte gegen Vollmer eine Gefängnisstrafe von neun Monaten und Degradation. Das Urteil lautete gegen den Vice-Wachtmeister auf sieben Monate Gefängnis, wegen Mißhandlung Untergebener in 108 Fällen, vorchriftswidriger Behandlung Untergebener, Auslösung Untergebener zur Mißhandlung eines Kameraden und verurtheter Abhaltung von der Beschwerdeführung. Der Antrag auf Degradation wurde vom Gerichtshof abgelehnt, da nach seiner Ansicht sich der Vice-Wachtmeister nur durch übermäßigen Pflichteifer habe zu seinen Verfehlungen hinreihen lassen. Die Berufung der Kanoniere wurde verworfen, da der Gerichtshof annahm, daß sie sich der Strafbarkeit ihrer Handlungen bewußt gewesen seien.

**Man preist auf die Totalisatorsteuer.** Aus Hamburg wird uns berichtet:

Die Erhöhung der Totalisatorsteuer war bekanntlich eine der Erfindungen, mit denen die Finanzgenies des Centrums dem Volke die Ausgaben für die große Flottenvorlage schmachtlich machen wollten. Die Totalisatorsteuer sollte erstens die unsittlichen Rennwetten treffen und zweitens noch ein hübsches Stück Geld in die Reichs- und die Staatskassen bringen. Aber die Herren Steuerfinder haben die Rechnung ohne die gerissenen Herrschaften vom Turf gemacht, die es verstanden haben, die Steuer so unwirksam wie möglich zu machen. Auf den Rat eines gewandten Kriminalisten hat der Hamburger Rennklub, der in den letzten beiden Wochen seine großen Rennen auf der Bahn in Groß-Vorstel bei Hamburg abhielt, nämlich neben dem öffentlichen Totalisator, von dessen Wetten Steuerbeträge erhoben werden, einen Vereinstotalisator etabliert, der allerdings nur den Klubmitgliedern zugänglich ist, von dessen Wetten aber nicht nur die erhöhte Totalisatorsteuer erhoben werden kann, sondern bei dem nun auch die alte, niedrigere Totalisatorsteuer nicht erhoben werden kann. An den vier Renntagen in Vorstel sind an diesem Vereinstotalisator zusammen 41 100 M. umgesetzt worden, von denen auch nicht 1 Pf. Steuer erhoben werden konnte. Und dabei hatte der Vereinstotalisator vom Tage seiner Etablierung steigenden Umsatz, ein Zeichen, daß die Vereinsmitglieder sich von Tag zu Tag mehr an der Reueinrichtung beteiligten und dem besten öffentlichen Totalisator ihre Wetten entzogen. Dem Beispiel des Hamburger Rennklubs werden die andern Rennvereinigungen Hamburgs und zweifellos auch der übrigen Rennplätze des Deutschen Reichs folgen. Daß die Herren vom Turf zweifellos sämtlich hochgradig wasserpatriotische Leute sind, ist bekannt. Nur soll ihnen der Wasserpatriotismus nichts kosten!

**Hamburg, 8. Juni.** (Hamb. Ver.) Die Bürgerchaft beschloß in ihrer letzten Sitzung gelegentlich der Beratung eines Senatsantrags auf Staatsubvention an die Straßenbahngesellschaft für die Erbauung einer neuen Linie nach dem Hamburgischen Dorfe Gr. Vorstel auch mit der Frage der **Verstaatlichung der Straßenbahn.** Die „Straßenbahn-Gesellschaft“ hat jetzt fast das Monopol in Hamburg-Altona-Wandsbeck und nutzt dasselbe rücksichtlich der Fahrpreise in einer ungläublichen Weise aus. Die Hamburg-Altonaer Centralbahn-Gesellschaft hat auf ihren beiden einzigen Linien schon seit mehreren Jahren den 10 Pfennig-Tarif eingeführt, während die Straßenbahn-Gesellschaft sich noch bis 25 Pf. für einige Strecken zahlen läßt, wenn im übrigen auch ihr Betrieb ein wirklich außerordentliches ist. Ein Ausschuß, der den Senatsantrag vorbereitet hatte, empfahl denselben. Dagegen wandte sich der Antifemitar Kaab und vor allem unser Genosse Stolten, der sich dabei die erste präsidiale Rüge holte, als er nämlich durchblicken ließ, daß seiner Ansicht nach vielen Bürgerchaftsmitgliedern eine Verstaatlichung der Straßenbahn nur deshalb unangenehm sei, weil sie als Aktionäre erheblich daran interessiert seien.

**Wohnungsinspektion in Württemberg.**

Aus Stuttgart wird gemeldet: Das Ministerium des Innern hat eine Verfügung erlassen, welche eine geregelte Wohnungsaufsicht zum Zweck hat. In allen Gemeinden von über 3000 Einwohnern soll eine besondere ortspolizeiliche Aufsicht eingeführt werden, die alle aus drei oder weniger Wohnräumen bestehenden Wohnungen sowie die Räume zur Beherbergung von Fremden, Schlafgänger und Arbeitern betrifft. Die Bestellung der Aufsichtsorgane ist Sache der Gemeinden. Das Ministerium behält sich vor, besondere statistische Erhebungen über Wohnungszustände zu veranstalten.

Möge dieser Vorbereitung baldigst eine ernsthafte Reform der entsetzlichen Mißstände des Wohnungswezens folgen!

**Die schlechte Finanzlage in Bayern.** Der Präsident der bairischen Abgeordnetenkammer, Dr. v. Orterer, soll, so wird uns aus München berichtet, kürzlich in Weihenburg a. S. geäußert haben, von der Regierung sei ihm mitgeteilt worden, die geplante Lehreraufbesserung müsse wegen der ungunstigen Finanzlage Bayerns auf den übermäßigsten Landtag zurückgestellt werden. Bekanntlich verlangten alle Parteien mit Rücksicht auf die dringende notwendige Lehreraufbesserung eine Landtagsnachsession. Die Regierung ist damals auf diese Wünsche nicht eingegangen und ließ durch ihre Organe erklären, um die Lehrer zu entschädigen, werde das Schuldotationsgesetz, das im diesjährigen Landtag erledigt werden sollte, rückwirkende Kraft erhalten. Wenn sich nun die obige Mitteilung bewahrheitet, dann dürfte sich die in einzelnen Landes-teilen in der letzten Zeit ohnehin schon epidemisch gewordene Lehrerschaft noch verstärken. Die von den Vertretern der Socialdemokratie im bairischen Landtag fortwährend bemängelte Niederländische Finanzwirtschaft aber scheint ihrem völligen Bankrott entgegen zu stehen.

## Ausland.

### Der französische Arbeitsrat.

Dieser Tage ist der „Conseil superieur du Travail“ zu einer Session zusammenberufen worden und hat unter dem Vorsitz des Handelsministers getagt. Die Aufgaben dieses „Obersten Arbeitsrats“, dessen Funktionen etwa die gleichen sind, wie sie unsere deutsche Kommission für Arbeiterstatistik ausübt oder ausüben sollte, sind in diesem Jahre gerichtet auf Untersuchungen der Arbeitsverhältnisse derjenigen Arbeiterkategorien, deren Arbeitskraft durch die gegenwärtige Gesetzgebung noch nicht geschützt ist.

Eingeleitet wurde die erste Sitzung durch einen Protest der Unternehmerräte; diese reichten ein Schriftstück ein, in welchem sie die Aufmerksamkeit der öffentlichen Gewalten auf die gegenwärtige Zusammenfassung des Arbeitsrats lenken.

Der „höchste Arbeitsrat“ wurde bereits am 22. Januar 1891 geschaffen; er bestand aus 60 Mitgliedern, von denen 50 durch ministerielles Dekret ernannt wurden; hierzu kamen 10 Juristen. Die fünfzig waren fast ausnahmslos große Unternehmer, Handelsherren, Großindustrielle usw. Die wenigen Parabe-Arbeiter, die man mit heranzog, taten kein Harm; auch wenn sie weniger peinlich geachtet worden wären, hätten sie nichts für die Arbeiterschaft erreichen können, da sie ja stets in der Minderheit blieben. So lange dieser idyllische Zustand herrschte, so lange man sich den Schein geben konnte, als sei man wirklich bestrebt, etwas für die Arbeiter zu thun, ohne daß jemals viel dabei heranzukam, ließ man sich den „höchsten Arbeitsrat“ gern gefallen.

Die Sache änderte sich mit dem Antritt der jetzigen Regierung. Durch Dekret vom 1. September 1899 wurde die Zahl der Mitglieder auf 66 erhöht, die sich wie folgt verteilten: 22 wählte das organisierte Unternehmertum, d. h. die Handels- und Gewerbetreibenden, und die Unternehmer-Beisitzer bei den Gewerbe-gerichten-Beisitzer und 15 die Gewerkschaften; die übrigen 22 sind Juristen (10, davon 6 Regierungsbeamte), Deputierte 5, Senatoren 3 und 4 vom Handelsminister ernannte Personen. Unter den letzteren befinden sich Jaurès und die Genossin Donnédial.

Die Unternehmer protestieren gegen die Zusammenfassung; sie regen sich darüber auf, natürlich lediglich im Interesse der Arbeiter, daß die indifferenten, unorganisierten Arbeiter in dieser Körperschaft nicht vertreten sind. Die durch die Sozialisten beehrten und verhehrt Vertreter der Gewerkschaften brachten in Gemeinschaft mit den juristischen und Beamtenvertretern, die von der Regierung nicht völlig unabhängig seien, Beschlüsse zu fassen, die durchaus nicht die Meinung der gesamten Arbeiterschaft wiedergäben. Dieser rührenden Sorge um die völlige Unabhängigkeit aller im Arbeitsrat sitzenden Personen haben sich die Arbeitervertreter sofort angeschlossen; auch sie sind der Meinung, daß alle Vertreter im „höchsten Arbeitsrat“ nur durch Wahlen in diesen gelangen sollten; Guérard (Gewerkschafter) setzte deshalb den Antrag der Unternehmer, die Unorganisierten mit heranzuziehen, das Verlangen entgegen, die beamteten ernannten Vertreter zu beseitigen. Durch ihre Presse lassen die Unternehmer die Drohung ausprechen, daß sie, falls man ihren Wünschen nicht entgegenkomme, lieber in Massen austreten würden, als noch länger die „unheilvollen Beschlüsse ihrer Gegner zu bedenken“.

Mittlerweile läuft man im Senat auch Sturm gegen die Institution der „Arbeitsräte“, die erst vor kurzem ins Leben gerufen sind durch eine Verordnung des Handelsministers, und deren Willigkeit von der Unternehmerräte bestritten wird. Die Arbeitsräte entsprechen nach der Art ihrer Aufgaben ganz den von der sozialdemokratischen Fraktion des deutschen Reichstags geforderten Arbeitsräten. Es sind deren bis jetzt vier in den größeren Industriezentren errichtet, auch hier haben nur die Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter Vertreter zu wählen. Die Unternehmer wollen nun streifen und keine Vertreter in diese Arbeitsräte entsenden.

Die Ausstellungen der Unternehmer haben zunächst zu keinen weiteren Konsequenzen geführt; in den ersten zwei Sitzungen hat der „höchste Arbeitsrat“ ziemlich weitgehende Beschlüsse gefaßt. Er hat sich im Prinzip für die Notwendigkeit des gesetzlichen Schutzes der Arbeiter und Angestellten im Handel und der Nahrungs- mittelbranchen erklärt. Der staatliche Schutz soll sich erstrecken auf hygienische und sanitäre Maßnahmen, auf die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter, der Arbeiterinnen und auch der erwachsenen Männer. Sodann wurde eine Reihe von Resolutions angenommen, die Erweiterungen schon bestehender Gesetze in Anregung zu bringen. So sollen nach den Vorschlägen des Arbeitsrats in Zukunft weitgehende Minimalbestimmungen Platz greifen in Bezug auf die Wohn- und Arbeitsräume solcher Personen, die im Hause der Unternehmer wohnen. Leistungen, Einrichtung, Zustand der Betten und der Schlafstätten des Dienstpersonals sollen zum Gegenstand staatlicher Überwachung gemacht werden.

Die Sitzungen des Arbeitsrats werden fortgesetzt. Seine Beschlüsse sind natürlich nicht bindender Natur, er hat die Gesetze nur vorbereiten, Änderungen zu empfehlen usw., seine Entschlüsse und Meinungsäußerungen sind jedoch nicht ohne Einfluß auf die Maßnahmen der Regierung.

### Oesterreich-Ungarn.

Wien, 10. Juni. Das Herrenhaus nahm die Wasserstraßen- vorlage einstimmig an, das Abgeordnetenhaus genehmigte die Lokalbahnvorlage unverändert.

### Schweiz.

Bern, 10. Juni. Der Bundesrat unterbreitet der Bundesversammlung einen Gesetzentwurf, wonach den Kantonen seitens des Bundes eine jährliche Subvention von etwas über zwei Millionen Franken zur Hebung der Volksschule gewährt werden soll.

### Frankreich.

Paris, 10. Juni. Nach dem gestrigen Rennen in Anteuil verurtheilte eine Anzahl Nationalisten Kundgebungen gegen das Ministerium zu veranstalten. Einige Personen, welche dem Justizminister, als dieser den Nennplatz verließ, mit höflichen Worten versagten, wurden festgenommen, unter ihnen Mathieu Lespès, ein Sohn von Ferdinand Lespès. Die Verhafteten wurden nach Aufnahme eines Protokolls wieder freigelassen.

Das Hindis der Zuckerprämien. Aus Paris wird berichtet: In einer Besprechung der Ergebnisse der indirekten Steuern für den Monat Mai weist eine halbamtliche Auslassung darauf hin, daß die Zuckersteuer in den ersten fünf Monaten des laufenden Jahres 15 Millionen Franken weniger eingebracht habe, als im Budget veranschlagt war. Die Ursachen dieser Abnahme seien zum Teil darin zu suchen, daß die Zuckersteuer immer mehr von den Zuckerausfuhrprämien verschlungen werde. Es sei vorzuziehen, daß Maßnahmen getroffen werden müßten, um diesem Uebelstande abzuhelfen.

### Rußland.

Selingsford, 9. Juni. Das Erscheinen der hiesigen Zeitung „Pohjolainen“ und eines Wiborget Blatts ist gänzlich verboten, das Erscheinen von mehreren anderen finnischen Blättern auf eine Zeit von 14 Tagen bis 4 Monaten untersagt worden.

### Serbien.

Belgrad, 10. Juni. Infolge des energischen Einspruchs des serbischen Gesandten in Konstantinopel wegen der wiederholten Grenzverletzungen durch die Albanesen befahl der Sultan dem General Hamdi Pascha, sich an die Grenze zu begeben. Hamdi Pascha erhielt die Vollmacht, zur sofortigen Ablösung der jetzt dort stehenden türkischen Grenztruppen zu schreiten, falls es sich, der Untersuchung nach, als notwendig erweisen sollte.

## Der Boeren-Krieg.

### Eine Zeitungsintervention.

Das „Kleine Journal“ brachte eine aus dem Haag datierte Meldung, in der unter Hinweis auf die Anwesenheit der Königin der Niederlande und des Generals Bonnal in Berlin behauptet wird, daß von Berlin aus in vollem Einverständnis mit den Mächten des Dreibundes und des Zweibundes und wohl auch im Einklange mit den persönlichen Wünschen des Königs Eduard selbst die Aktion ausgegangen ist, welche — weit entfernt, eine politische Spitze gegen England zu bedeuten — den heldenmütigen Boeren, den wackeren Verteidigern ihrer heimischen Scholle, in halbjähriger Frist einen ehrenvollen Frieden und der englischen Armee die ersehnte Ruhe bringen dürfte.

Diese um ziemlich zwei Jahre verspätete Aktion würde heute im Zeichen des Richtenpangs Kriegers und ähnlicher Thaten lediglich zur Hilfsaktion für England werden, das sich an dem Boerenkrieg zu verbluten droht, während die heldenmütigen Boeren kaum noch etwas verlieren können.

Die Nachricht wird denn auch von den Offizieren des auswärtigen Amtes als „dreiste Erfindung“ gekennzeichnet, was nicht anspricht, daß man jetzt in Postreisen geru den „Ruhm“ zu erwerben wünscht, etwas für die Boeren zu thun, ohne daß es uns etwas kostet. Das offiziöse Dementi erklärt dann:

„In Deutschland ist bisher weder von einer andern Macht die Anregung zu einer Intervention oder Vermittlung zwischen England und den Boeren herangetreten, noch auch ist von englischer Seite die Genehmigung zu erlangen gegeben worden, auf eine solche Aktion einzugehen. Die auf den König Eduard bezügliche Wendung verrät eine völlige Unkenntnis englischer Verhältnisse, da der König gar nicht in der Lage ist, derartige die Politik Englands betreffende „Wünsche“ zur Geltung zu bringen. Für eine Vermittlungsaktion fehlt heute ebenso wie vor Monaten die notwendige Voraussetzung einer Genehmigung beider kriegführenden Parteien, die Vermittlung neutraler Mächte anzuerkennen.“

Die waffenstarrten christlichen Kulturkräfte sind eben ohnmächtig, den schlimmsten, von den Großen den Kleinen zugesagten Verbrechen zu wehren.

### Ritcheners „Sieges-Telegramme“

zeichnen sich durch gerabzu läppische Ausschweidereien aus. Seine neueste Depesche besagt, die Zahl der Boeren, welche im letzten Monat getötet und gefangen genommen wurden oder sich ergeben hatten, beträgt 2640 (!) Vom 1. Juni bis zum 9. Juni wurden 26 Boeren getötet, 4 verwundet und 409 gefangen genommen. Es ergaben sich ferner 33 Boeren, und außerdem wurden 651 Gewehre, 115 500 Patronen, 120 Wagen und 4000 Pferde erbeutet.

Dieser „Stredenrapport“ macht einem amerikanischen Reklame-Agenten Ehre. Die Engländer haben — ihrem offiziellen Telegramm zufolge — seit dem Beginn des Kriegs ungefähr hundertmal mehr Boeren getötet und gefangen, als das ganze Volk, Weiber, Kinder und Greise eingeschlossen, überhaupt zählt. — Allerdings auch die Sieges-Telegramme haben kurze Beine.

### Ich dementiere mir.

Auf eine Anfrage des Kriegsministers Brodrick meldete Ritchener telegraphisch hierher, die von „Reuters Bureau“ gemeldete Nachricht, daß am 5. d. M. ein Teil des Boerenkommandos unter Veyers überfallen und geschlagen worden, sei unrichtig.

### Präsident Krüger

ist in Begleitung des Dr. Leyds im Haag eingetroffen.

### Die Pest.

Einer amtlichen Meldung aus Kapstadt zufolge kamen in der letzten Woche daselbst 18 Pestfälle vor, von denen 10 einen tödlichen Ausgang hatten. Im ganzen sind bisher 684 Erkrankungs- und 318 Todesfälle an der Seuche festgestellt worden.

## Partei-Nachrichten.

Das boykottierte Theater. Das Victoria-Theater in Magdeburg hatte schon mehrfach Volksvorstellungen zu ermäßigten Preisen veranstaltet und sollte auch am Sonntag eine solche Vorstellung wiederholt werden. Unerwartet ist die Aufführung zurückgezogen, weil die lgl. Kommandantur den Boykott über das Theater verhängt hatte.

Unser Parteigenossen in Magdeburg werden gegen diese Stellung der Militärverwaltung eine große Protestkundgebung veranstalten, denn die Befamntgabe dieses Boykotts hat in Arbeiterkreisen allgemeine Erbitterung hervorgerufen, zumal wenn man berücksichtigt, daß jede Aufforderung zum Boykott unstrafbar bestraft wird.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Flugblattverbreitung. Wegen Vergehen gegen die Polizeiverordnung, welche die Bestimmungen über die Sonntagsruhe enthält, wurden in der Berufungsinstanz vor der Strafkammer in Elberfeld neun Parteigenossen freigesprochen. Die Betroffenen hatten an einem Sonntag in Wülfrath Flugblätter verteilt. Das Schöffengericht, die Vorinstanz, hatte eine Geldstrafe von 5 M. festgesetzt.

## China.

### Waldersee in Japan.

Graf Waldersee ist in dem japanischen Hafen Kobe eingetroffen. Auch bei dieser Gelegenheit wurden Reden gehalten.

### Geheime Instruktionen?

Das „Bureau Laffan“ meldet aus Peking: Die chinesischen Bevollmächtigten haben vom Hofe geheime Instruktionen erhalten, zu verhindern, daß die Mächte in den Legationen Forts erhalten, welche den kaiserlichen Palast bedrohen, und daß längs der Eisenbahnlilien unverhältnismäßig starke Garnisonen gelegt werden.

## Gewerkschaftliches.

Zum Glasarbeiterstreik in Rieburg. Der durch den Millionär Hehe herausgeschickte, schon seit Monaten währende Ausstand macht sich auch in den Kreisen der Arbeiterschaft unangenehm fühlbar, und man wünscht auch in diesen Kreisen eine baldige Beendigung des Kampfes. Unter den Rieburger Bürgern zirkuliert zur Zeit eine bereits mit zahlreichen Unterschriften versehene, an die Besitzer der Glasfabriken gerichtete Eingabe. In derselben heißt es:

„Mit großem Interesse wie mit banger Sorge verfolgt wohl die gesamte Arbeiterschaft Rieburgs den monatelangen Kampf, der sich in den Mauern unserer Stadt abspielt. Die seit 27 Jahren gepflegten Beziehungen der Arbeiterschaft zu den Besitzern und Leitern der hiesigen Glasfabrikenwerke wie zu der Arbeiterschaft werden gelockert oder gar zerissen. Die Fabrikherren wie die Arbeiter haben unter diesem Zerwürfnis zu leiden, durch welches unser Gemeinwesen gleichfalls in Mitleidenschaft gezogen zu werden droht. Uns bangt sowohl für die Ernährung der hier so genial geschaffenen industriellen Werte, als welche ein jeder Rieburger stolz ist, uns bangt aber auch für das Wohl Ihrer Arbeiter, die uns in den vielen Jahren ihres Hierseins durch gutes, anständiges Betragen lieb geworden sind.“

Daher geht unser aller Wunsch dahin, daß die alten, guten Verhältnisse wiederhergestellt mögen, zum Wohle der Glasfabrikbesitzer, zum Wohle der Arbeiterschaft und zum Wohle unserer teuren Vaterstadt.

Die unterzeichnete Arbeiterschaft bietet Ihnen wie Ihrer Arbeiterschaft die Hand zur ehrlichen Vermittlung.

Mögen Sie wie Ihre Arbeiter aus unsrer Mitte Männer wählen, die die entstandenen Zwistigkeiten und Differenzen zu beilegen versuchen.

Präsen Sie gütigst unsren Vorschlag und zeigen Sie durch Ihr Eingehen auf denselben, daß der aus der Mitte der Arbeiterschaft hervorgegangene Wunsch, die Wiederherstellung des Friedens, Ihre gebührende Berücksichtigung gefunden hat.

Nach dem bisherigen Verhalten der Herrn Hehe und Genossen ist es immerhin zweifelhaft, ob die von der Arbeiterschaft angebotene Vermittlung angenommen wird, so sehr es auch im Interesse des Friedens zu wünschen wäre. Nach allem, was man aus Rieburg in der letzten Zeit gehört hat, kann man wohl annehmen, daß die Arbeiterschaft sich zu ihrer Eingabe an die Fabrikanten veranlaßt gefühlt hat nicht allein aus Interesse für die Ausständigen, sondern hauptsächlich aus dem Grunde, weil die aus Rieburg herangezogenen Arbeitswilligen nachgerade eine Gefahr für die ganze Gegend geworden sind. Kürzlich haben wir erst berichtet, daß ein Fabrikdirektor nur mit Mühe den auf ihn gerichteten Wessern seiner getreuen Streikbrecher entgangen ist. Heute liegt uns wieder eine, bürgerlichen Blättern des Streikgebiets entnommene Nachricht vor, des Inhalts, daß fast kein Abend vergeht, an dem es nicht zu „kleinen Auseinandersetzungen“ zwischen Streikenden und Arbeitswilligen kommt, wobei es stets die letzteren sind, welche den Anlaß zu Streitigkeiten geben. Die Polizei hat unter diesen Umständen alle Hände voll zu thun, nicht etwa um die Arbeitswilligen vor den Streikenden zu schützen, sondern um die sonst so angehenden, von Behörden und Unternehmern gleichmäßig geschätzten Streikbrecher im Zaume zu halten und die ruhigen Bürger vor den Ausschreitungen der Retter der Glasfabriken zu schützen. Drei von diesen russischen Arbeitswilligen sind wieder an einem der letzten Tage ausgewiesen worden.

Unter solchen Umständen begreift man es, wenn auch die Arbeiterschaft Rieburgs den lebhaften Wunsch nach Herstellung des Friedens und geordneter Verhältnisse hat.

### Die Kohlenarbeiter in Lübeck befinden sich im Ausstand.

Die Buchdrucker und Buchbinder der Geschäftsbücherfabrik und Buchdruckerei von Otto Enke in Rottbus haben sämtlich die Kündigung eingereicht, weil der Chef gesagt hat, er werde sämtliche Verbandsmitglieder entlassen. Dieser Vorfall ist auch zum Teil schon ausgeführt. Auch am letzten Sonnabend sind wieder Verbandsmitglieder entlassen worden. Infolgedessen kündigen alle übrigen Buchdrucker und Buchbinder. Die seitens des Personals angebotenen Verhandlungen konnten nicht stattfinden, da Herr Enke die Kommission abwies.

Der Malerstreik in Bremen dauert — wie die Streikleitung bekannt giebt — unverändert fort.

Die Stellmacher in Stettin streifen seit Sonnabend um die Einführung der 10stündigen Arbeitszeit. Bisher wurde 11 bis 11 1/2 Stunden täglich gearbeitet.

Der Streik der Schweriner Maurer und Zimmerer ist durch einen Vergleich, der vor dem Stadt-Bauamt geschlossen und von den Parteien angenommen worden ist, definitiv beendet. Die Hauptpunkte des Vergleichs, der bis Ende 1902 gilt, sind folgende: Der Stundenlohn beträgt 45 Pf. Für Ueberstunden sind 60 Pf., für Nachtstunden 80 Pf. zu zahlen. Arbeiter an Backöfen, Kesselanlagen etc., sind mit mindestens 90 Pf. pro Stunde zu vergüten. Bei größeren Neubauten sind weiterführende Neubauten zu errichten. § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs wird ausgeschlossen. Die Arbeitszeit bleibt im Allgemeinen unverändert.

Der Streik der Steinarbeiter in Striegau i. Schl. hat sich auch auf den Bezirk Häslich ausgedehnt. In diesem Bezirk wird der Mangel eines geeigneten Lokals zur Abhaltung von Versammlungen unliebsam empfunden. Der Besuch einer Versammlung macht einen stundenweiten Weg notwendig. Streikbrecher haben sich noch nicht gefunden, eine sehr große Anzahl der Streikenden reist ab, so daß bei Wiedereröffnung der Betriebe aller Voraussicht nach Mangel an Arbeitskräften eintreten wird. Die früher geführten Verhandlungen mit den koolierten Unternehmern waren ergebnislos. Jetzt sind erneute Verhandlungen angebahnt.

Die Maurer in Lissa in Posen streifen schon mehrere Wochen. Sie fordern die 10stündige Arbeitszeit und 35 Pf. Stundenlohn. Vor dem Streik wurde bei 11stündiger Arbeitszeit 19—22 Pf. Stundenlohn gezahlt. Von 170 Maurern, die die Arbeit niedergelegt hatten, sind nur noch 40 anwesend. Die Unternehmer lehnen die Verhandlungen ab, so daß die Einigungsversuche des Landrats — der Bürgermeister hatte es abgelehnt, zu vermitteln — ergebnislos verlaufen. Wenn der Zug noch einige Zeit ferngehalten wird, dann dürfte der Streik mit dem Siege der Arbeiter enden.

Aus Essen wird uns berichtet, daß die dortige Filiale des Centralverbands der Maurer und der Christliche Maurer-Verein sich dahin geeinigt haben, daß beide Organisationen zur Erreichung wirtschaftlicher Vorteile gemeinsam vorgehen wollen. Weiter wird mitgeteilt, daß das Essener Gewerkschaftsrat beschlossen hat, mit sämtlichen christlichen und Kirch- und Arbeiterorganisationen Verbindungen zu suchen, um gemeinsame Maßnahmen zu treffen bezüglich einer höheren Ansehung des durch die Behörden festgesetzten ortsüblichen Tageslohns. Ferner soll bezüglich des Arbeitsnachweises sowie bei statistischen Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein gemeinsames Vorgehen der genannten Organisationen Platz greifen.

Die Küchengehilfen der internationalen Schlafwagen-gesellschaft in Stuttgart haben wegen Lohnunterschieden die Kündigung eingereicht. Ursprünglich war mit der Direction ein Monatsgehalt von 60 M. bei freier Verköstigung vereinbart. Ferner war nach zweijähriger Thätigkeit eine Aufbesserung von monatlich 20 Mark versprochen worden. Statt dessen wurde im vorigen Herbst das Gehalt auf 50 Mark reduziert. Die durchschnittliche Arbeitszeit für die Küchengehilfen beträgt 17 Stunden — wohlgemerkt bei genannten Einkommen! — darunter dreizehn Stunden Fahrzeit; sämtliche Arbeiten sind in der Küche bei einer Temperatur von mindestens 30 Grad Reaumur, im Sommer oft bis zu 40 und 50 Grad zu erledigen; hierzu kommen die Auslagen für Getränke, die unter der Verköstigung nicht inbegriffen sind, ferner was bei dieser Temperatur an Wäsche verbraucht wird. Dazu kommt die Miete, welche im Verhältnis zum Einkommen sehr erheblich ist, da die Gehilfen gezwungen sind, zwei Logis zu unterhalten und hierzu keinerlei Unterstützung bekommen. Auch mit der freien Zeit haben sie Grund, unzufrieden zu sein, da sie schon oft drei und mehr Wochen fahren mußten, ohne abgelöst zu werden, und kommt dann die Ablösung von zwei Tagen, dann heißt es, an jedem der beiden Tage vom morgens um 6 Uhr bis 11 Uhr Dienst zu thun und außerdem an einem der Tage Nebenarbeiten im Bureau zu erledigen.

## Sociales.

Zur Verhütung von Kesselexplosionen bringt der Bericht der badischen Gewerbeaufsicht von 1900 eine sehr beachtenswerte Warnung. Vor mehreren Jahren wurde zur Verhütung des Kesselsteinanlasses vielfach empfohlen, mit dem Speisewasser eine gewisse Menge Petroleum in den Dampfessel zu spreizen. So ist auf den preussischen Staatsbahnen die Kesselreinigung der Lokomotiven durch Petroleum eingeführt; dieses wird in dem mit Wasser gefüllten Kessel gespritzt, beim Ablassen des Wassers überzieht es den Kesselstein und löst ihn. Daß hierbei Unfälle vorgekommen sind, wurde noch nicht bekannt. In Baden hatte aber diese Methode zahlreiche Unfälle zur Folge und auch im Berichtsjahre 1900 lieferte wieder ein schwerer Unfall den Beweis von der Gefährlichkeit des Petroleum zu dem erwähnten Verwendungszweck. Der Bericht meldet hierüber:

Zwei Arbeiter der Jutespinnerei Waldhof wollten bei frisch gefülltem Kessel eine wichtige Reparatur am Manloch bei Licht untersuchen. Im Begriff den Manlochdeckel zu öffnen, entzündeten sich die im Kesselinnern angesammelten, dem Petroleum entstammenden Gase, und eine hervorziehende lange Stichflamme verbrannte die beiden Arbeiter so schwer, daß der eine derselben bald danach starb.

Auf Veranlassung der holländischen Gewerbe-Aufsicht erließ die Dampfmaschinen-Gesellschaft eine Warnung an ihre Mitglieder, bezüglich der Verwendung des Petroleum in Dampfmaschinen. Es ist wünschenswert, daß dies auch in anderen Bundesstaaten geschieht, namentlich in Preußen, wo es infolge der Verwendung bei den Lokomotiven am meisten verbreitet sein wird. Sollten noch Zweifel vorliegen, ob das Verbot gerechtfertigt, so könnte ja das Reichs-Gesundheitsamt zu einem Gutachten veranlaßt werden.

## Gerichts-Beitrag.

Die Frage, wie die That eines Automatenmörders zu beurteilen ist, war gestern der 7. Strafkammer des Landgerichts I unterbreitet. Der Schlossergeselle Otto Schneider war wegen schweren Diebstahls unter Anklage gestellt. Er hatte mit Hilfe von Bleistücken in der Größe und Schwere der Zehnpennig-Stücke aus einem Automaten in der Linden-Passage ein Päckchen mit Kartons und Cigarren entnommen. Abweichend vom Gefängnisbeschluss vertrat der Staatsanwalt die Ansicht, daß hier schwerer Diebstahl nicht angenommen werden könne, da bei einem solchen immer ein willkürlicher Verstoß mittels eines Schlüssels vorausgesetzt werden müsse, in diesem Falle hier aber dieses „Schloß“ nicht durch einen falschen Schlüssel oder ein anderes zur ordnungsmäßigen Eröffnung nicht bestimmtes Werkzeug geöffnet worden sei. Es könnte nur zweifelhaft sein, ob einfacher Diebstahl oder Betrug vorliege, er entschiede sich für das erstere und beantragte 5 Tage Gefängnis. Der Gerichtshof widmete der Frage eine längere Beratung. Wie der Vorsitzende hervorhob, liege eine Entscheidung des Reichsgerichts über die Frage noch nicht vor, dagegen habe Professor Dr. v. Bögler sich dahin ausgesprochen, daß die hier in Rede stehende That als schwerer Diebstahl zu charakterisieren sei. Bei der Zweifelhaftheit der Sache habe sich der Gerichtshof dahin entschieden, nur einfachen Diebstahl anzunehmen und den Angeklagten deshalb zu 5 Tagen Gefängnis verurteilt.

Als die That eines Rowdys charakterisierte gestern der Staatsanwalt einen Exzek, der den schon bejahrten Handelsmann August Förster vor die Strafkammer des Landgerichts I führte. In der Nacht zum 26. März befand sich das Reifische Ehepaar auf dem Heimwege. In der Gasse der Treßdow- und Weihenburgerstraße mußte Herr R. eine Bedürfnisanstalt aufsuchen und seine Frau sollte wenige Minuten auf der Straße auf ihn warten. Sie wurde von dem gerade des Weges kommenden Angeklagten in unanständiger Weise belästigt und als ihr Chemam, der die Gefahr sah, schleunigst an ihrer Seite erschien und dem Angeklagten klar machte, daß er eine anständige Frau vor sich habe, wurde auch er aufs Gröblichste beschimpft. Herr R. machte nun kurzen Prozeß, packte den Angeklagten beim Kragen und schob ihn etwas unsonst vom Bürgersteig herunter. Förster raffte sich aber wieder auf und ging auf Herrn R. los, indem er ihm zurief: „Komm Dich in Acht, ich habe ein Messer bei mir!“ Als jener dann wieder energisch zurückgewiesen worden war, schloß Herr R., daß er einen Stich in die rechte Hand erhalten haben müsse, denn es quoll Blut aus derselben hervor und ein dremmender Schmerz machte sich bemerkbar. Auf der Unfallstation wurde dann auch festgestellt, daß ihm eine ganz scharfe, ziemlich lange und tief gehende Wunde beigebracht worden war, die eine sechsstündige Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatte. Das Schöffengericht war seinerzeit der Meinung, daß eine derartige Rohheit unter keinen Umständen eine milde Beurteilung verdiene. Der Angeklagte wurde daher zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und seine sofortige Verhaftung angeordnet. Er legte Berufung ein. Die Strafkammer war gleichfalls der Ansicht, daß ein solcher Exzek nachdrücklich geahndet werden müsse, da aber der Angeklagte nur ganz unbedeutend vorbehaftet ist, ermäßigt der Gerichtshof die Strafe auf acht Monate Gefängnis bei vorläufiger Haftentlassung.

## Verfassungen.

Die sämtlichen Wahlvereine des Kreises Teltow-Beetzow-Storkow-Charlottenburg haben sich vor einem halben Jahre zu einem zentralen Wahlverein zusammengeschlossen, durch welchen die Angelegenheiten der Partei in dem ausgedehnten Kreise in einheitlicher Weise erledigt werden sollen. Dieser Central-Wahlverein hielt am Sonntag in Nitzdorf seine erste Generalversammlung ab. Auf derselben waren 24 Vereine durch 55 Delegierte vertreten. Nach dem Bericht des provisorischen Vorstandes über das abgelaufene Halbjahr wurde derselbe definitiv gewählt. Er besteht aus dem 1. Vors. Goerde, Wallstr. 69, 2. Vors. Dr. Vorcharb, Goethestr. 8; Kassierer Eberhardt, Bilmmerdörferstr. 38a; Schriftführer Girsch, Herderstr. 18; Beisitzer Schnell, Bismarckstr. 84, sämtlich in Charlottenburg. Der Beisitzer fungiert zugleich als Kreis-Vertrauensmann. Zu Revisoren des Vorstandes wurden gewählt Käfer, Schöneberg, Jäger, Nitzdorf, Wolf, Köpenick.

Für die Agitationskommission der Provinz Brandenburg wurde Schuberth, Schöneberg, in die Bezirkskommission für den Vorwärts Goppe, Nitzdorf und Goerde, Charlottenburg wiedergewählt. Als Obmann für die Lokalkommission wurde Nutt, Nitzdorf wiedergewählt; doch nahm derselbe die Wahl nur unter der Bedingung an, daß ihm ein Ersatzmann beigegeben werde, der die Geschäfte besorge, wenn er, wie sein Gesundheitszustand befürchten lasse, wiederholt an der Wohnnehmung seines Amtes verhindert sei. Die Wahl dieses Ersatzmanns wurde dem Verein Nitzdorf aufgetragen.

Der Kassenbericht erstreckte sich nur über das erste Quartal, umfaßte jedoch auch die noch nicht vorgelegte Abrechnung vom 6. bis 31. Dezember 1900. In dieser Zeit kam zu dem Bestand von 1782,97 M. eine Einnahme von 4578,28 M., zusammen also 6361,25 M. Ausgegeben wurden 1985,21 M. (darunter 1000 M. an den Parteivorstand abgeführt). Es blieb somit am 31. Dezember ein Bestand von 4376,04 M., der dem am 1. Januar ins Leben getretenen Verein überwiesen wurde. Hierzu kam im ersten Quartal eine Einnahme von 2708,12 M., im ganzen also 7084,16 M. Die Ausgaben des Quartals betragen 2526,46 M. (darunter 1000 M. an den Parteivorstand abgeführt). Es verbleibt somit ein Bestand von 4557,70 M. Decharge konnte dem Kassierer nicht erteilt werden, weil die Wahl von Revisoren erst auf der Versammlung selbst vorgenommen werden sollte, die Kasse also noch nicht revidiert war.

An den Bericht des Obmanns der Lokalkommission schloß sich eine Besprechung über die Lokalverhältnisse im Kreise und die ungenügende Veränderung, welche dieselbe — wie von den Rednern behauptet wurde — durch das Verhalten der Berliner Lokalkommission erleiden müsse und bereits erlitten habe. Während es überall als selbstverständlich erachtet wird, daß die Parteigenossen am Orte die Lokalfrage regeln, weil ja sie allein die Verhältnisse dort kennen, hat die Berliner Lokalkommission Lokale in den Vororten für frei erklärt, ohne den Obmann der Lokalkommission des Kreises und die örtliche Lokalkommission auch nur zu benachrichtigen. So seien in Nieder-Schöneberg die Lokale Daffelwerder und Sedan, die uns zu Versammlungen nicht zur Verfügung stehen, für frei erklärt und ebenso sei an anderen Orten verfahren worden, wodurch die Agitation daselbst geradezu lahmgelegt werde.

Häufig können unsere Vereinsversammlungen an einem Ort nur in einem einzigen Lokal stattfinden, und der Wirt derselben kann unter den obwaltenden Umständen gar kein Interesse daran haben, sich weiter polizeilichen Schikanen auszuweihen, wenn sämtliche andern Wirt, die sich uns gegenüber ablehnend verhalten, daraus keine Schädigung zu erwarten haben. Die Folgen haben wir bereits zu spüren bekommen. Die Berliner Lokalkommission scheint gar kein Verständnis für die Verhältnisse der Vororte zu besitzen; sonst hätte sie auch unmöglich den Beschluß fassen können, daß Lokale, deren Saal weniger als 50 Personen faßt, überhaupt nicht mehr für die Lokalliste in Betracht kommen sollen. Für Berlin, wo es fast keinen größeren

oder kleineren Saal mehr giebt, welcher den Arbeitern nicht zur Verfügung steht, sei ein solcher Beschluß ganz selbstverständlich; in unsem Kreis jedoch können sehr häufig Zimmer mit 20—30 Personen außerordentlich in Betracht, und wenn wir diese durch das Verhalten der Berliner Parteigenossen verlieren, so werde unsere Agitation in den betreffenden Orten aufs schwerste geschädigt.

Eine Resolution, welche das gekündete Verhalten der Berliner Lokalkommission aufs schärfste verurteilt, fand einstimmige Annahme; dieselbe soll im „Vorwärts“ veröffentlicht werden.

Ferner wurde dem Vorstände aufgetragen, schon jetzt die nötigen Vorkehrungen für die etwa notwendig werdenden Wahlen zum Landtag zu treffen.

Nachdem noch ein vom Genossen Jubel eingebraachter Protest gegen die geplante Verschärfung des Brotwuchers einstimmig angenommen war, wurde die Versammlung unter dreimaligem Hoch auf die internationale, völkervereinende Socialdemokratie geschlossen.

„Der Kampf der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft um über 1/4 Million Rassenvermögen und die Stellung der Behörden zu diesem Kampf“ war das Thema, mit dem sich die große Versammlung der Mitglieder der „Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse“ beschäftigte, welche am Sonntag im Frempalast stattfand. Der Referent, Reichstags-Abgeordneter Stadthagen gab zunächst in kurzen Zügen eine umfassende Uebersicht über die Geschichte der 1878 gegründeten Kasse und ihre rechtliche Stellung zu den im Lauf der Zeit erlassenen gesetzlichen Vorschriften, und schilberte darauf ausführlich die eigentümlichen Vorgänge, über die der „Vorwärts“ bereits vor einiger Zeit berichtet hat. Der Redner führte unter anderem aus: Da in dem Statut der Kasse festgelegt sei, daß ihr die 67 namentlich aufgeführten Betriebe angehören, so könne der Austritt eines der Betriebe nur durch Änderung des Statuts herbeiführt werden, wozu aber stutzgemäß eine 2/3-Majorität der Generalversammlung notwendig sei. Der Antrag des Oberpräsidenten, der den Austritt genehmigte, verstoße gegen das anerkannte Statut und sei daher rechtswidrig. Die 67 Betriebe hätten durch das Statut einen Vertrag geschlossen und der Austritt der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft sei ein Vertragsbruch; sie sei auch noch jetzt Mitglied der Kasse und diese könne die rückständigen Beiträge einfordern. Der Grund, der die Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft zu diesem Schritt veranlaßt hat, sei offenbar der, daß sie meinte, wenn sie ihre Arbeiter schlechter stelle, ihnen in ihrer neugegründeten Betriebs-Krankenkasse nur 13 Wochen Unterstützung gebe, statt der 52 Wochen, welche die Neue Maschinenbauer-Krankenkasse gewährt, dann sei sie, die Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft, beiser gestellt. Die Begründung der 270.000 M. aus dem Rassenvermögen der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse sei ein ungeheurer Einbruch in das Vertragsrecht, diese Summe sei gleichmäßig eine Prämie auf den Vertragsbruch der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft. Das Verhalten der Vorstandsmitglieder der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse sei durchaus gerechtfertigt, die Verschüpfung der 100 M. Ordnungstrafe und Androhung der 10 Tage Haft durchaus unzulässig. — In der Diskussion wurde unter anderem betont, daß die Arbeiter der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft gar kein Interesse an dem Bestehen einer besonderen Betriebs-Krankenkasse haben, sondern daß die Mitgliedschaft bei der Neuen Maschinenbauer-Kasse bedeutend vorteilhafter sei, denn die letztere erhebe nur 68 Pf. Beitrag und gewähre den Kranken bedeutend mehr als die Betriebskasse der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft mit 81 Pf. Beitrag. — Die folgende, vom Reichstags-Abgeordneten Stadthagen empfohlene Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heute versammelten Mitglieder der Neuen Maschinenbauer-Krankenkasse erheben dagegen Protest, daß der Magistratskommissar entgegen dem Gesetz, entgegen den Statuten der Neuen Maschinenbauer-Kasse, entgegen den Interessen der Kasse und der Versammelten Anordnung getroffen hat, welche darauf abzielt, aus dem Vermögen der Neuen Maschinenbauer-Kasse zu Gunsten der vertragsbrüchigen Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft mehr als ein Viertel Million fortzunehmen. Die Versammelten erheben ferner entschiedenen Einspruch dagegen, daß der Magistratskommissar den Versuch unternommen hat, durch Geldstrafen und Haftandrohung die Vorstandsmitglieder zu Handlungen zu zwingen, welche den Interessen der Kasse und ihrer Mitglieder, den Grundrügen über Treu und Glauben, dem Gesetz, den Statuten der Kasse und dem Gewissen der Vorstandsmitglieder widersprechen.“

Die Versammelten sprechen dem Vorstand für sein mannhaftes Eintreten dafür, daß die Befolgung der gesetzlichen und statutenmäßigen Vorschriften auch der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft und dem zu ihren Gunsten handelnden Magistratskommissar obliegt, ihre volle Anerkennung aus und ersuchen ihn, auch in Zukunft alle gesetzlichen Mittel in Bewegung zu setzen, um die durch den Vertragsbruch der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft und der zu Gunsten dieses Vertragsbruchs erfolgten behördlichen Maßnahmen schwer geschädigten Kasse zu ihrem Recht zu verhelfen. Die Versammelten ersuchen den Vorstand, den Reichstag um Schutz der nach dem Urteil des Reichstags „sehr segensreich“ wirkenden Kasse gegen zukünftige Schädigungen zu ersuchen und zu diesen Zwecken insbesondere geeignete Maßnahmen zu verlangen, welche an Stelle der Verwaltungsbehörden unabhängige kollegiale Gerichte setzen und welche die als Aufsichtsbehörden fungierenden Beamten in vollstem Maße civilrechtlich und strafrechtlich verantwortlich machen.“

Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurde über „die Erhöhung des Krankengelds und die dadurch notwendig werdende Erhöhung der Beiträge“ verhandelt. Nach einem einleitenden Vortrag von Dr. Friedberg und Diskussion hierüber spricht sich die Versammlung gegen wenige Stimmen für eine Erhöhung der Beiträge um 6 Pfennige und eine gleichzeitige entsprechende Erhöhung des Krankengelds aus.

Eine Volksversammlung in Alt-Glienick, die am 5. d. M. tagte, erklärte sich für Errichtung eines Gewerbegerichts.

## Lezte Nachrichten und Depeschen.

### Englisches Unterhand.

London, 10. Juni. (B. Z. V.) Auf eine Anfrage wegen des Vorfalles in der Luftstraße in Tientsin erwidert Staatssekretär für Indien Lord Hamilton, nach telegraphischen Berichten des Generals Gaselee seien die englischen Polizeisoldaten mit lobenswerter Mühsamkeit vorgegangen und hätten von der Schußwaffe erst Gebrauch gemacht, als sie zu ihrer eigenen Verteidigung dazu gezwungen gewesen seien. Die deutsche Polizei habe die englische unterstützt und für Entfernung der am Thaborie anwesenden deutschen Soldaten gesorgt. Auch von den Japanern sei der englischen Polizei thätige Unterstützung zu teil geworden. Auf eine weitere Anfrage wegen eines angeblich stattgehabten zweiten derartigen Vorfalles erwidert Lord Hamilton, er habe an Gaselee telegraphisch und ihm um Auskunft ersucht, ob dieses Gerücht auf Wahrheit beruhe. Schatzkanzler Hicks Beach bringt einen Beschlußantrag ein, nach welchem die im Budget vorgesehenen Zuckerkölle wie folgt abgeändert werden sollen. An Stelle des Zolls von 2 Schilling für den Centner Melasse und ähnlicher Produkte soll von Schmelz und Zuckerkraut, deren Gehalt nicht durch das Polanstop festgelegt werden kann, pro Centner erhoben werden: 2 Schilling 9 Pence, wenn sie über 70, zwei Schilling, wenn sie zwischen 50 und 70 und ein Schilling, wenn sie unter 50 Proz. Süßstoff enthalten. Der Zoll für feste Glykose soll 2 Schilling 9 Pence und für flüssige Glykose 2 Schilling betragen, an Stelle der im Budget vorgesehenen Sätze von 1 Schilling 8 Pence. Hicks Beach erklärte weiter, seitdem die neuen Zölle in Kraft getreten seien, habe sich herausgestellt, daß die Zölle auf Melasse und Glykose nicht genügend seien, eine Einnahme zu sichern oder die britischen Zuckerraffinerien zu begünstigen. Unter den Zuckerkraut, die im Budget mit Melasse

Klassifiziert worden seien, befinden sich auch einige, die aus Rohzucker besserer Qualität gewonnen werden. Der Zoll von nur 2 Schilling würde daher diesen Artikeln, soweit sie im Auslande produziert seien, eine Vorzugsstellung von etwa 9 Pence pro Centner einräumen, gegenüber denselben Artikeln, soweit sie im Inlande hergestellt sind. Seitdem die neuen Zölle in Kraft getreten wären, habe man auch Glykose von viel größerer Zähkraft als früher eingeführt, und dann auf dem Markte in unerbittlicher Weise dem Zucker Konkurrenz gemacht. Campbell Bannerman sagte dann, die vorgeschlagenen Änderungen müßten erst geprüft werden, um zu sehen, ob damit ein Schutz verschiedener Zweige des britischen Handels angestrebt werde. Der Beschlußantrag, welcher morgen in Kraft tritt, wurde sodann angenommen.

Derbert Roberts fragt, ob der Regierung bekannt sei, daß der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie erklärt habe, daß diese Linie gemeinsam mit dem Norddeutschen Lloyd die Einrichtung eines Dampfschiffdienstes auf dem Hangse-Fluß, soweit dieser schiffbar sei, beabsichtige und daß die Gesellschaft einen regelmäßigen Dienst zwischen Tsingtau, Tschifu und Tientsin eingerichtet habe. Unterstaatssekretär des Reichs Grandborne erwidert, der Regierung sei nichts zur Kenntnis gekommen.

Berlin, 10. Juni. (B. Z. V.) Generalleutnant von Sessel meldet aus Tientsin: „Palatia“ mit Marine-Infanterie am 2. „Messa“ mit Batterie und allen Tieren am 6. Juni nach Tsingtau in See gegangen.

Leipzig, 10. Juni. (B. Z. V.) Das Reichsgericht verwarf die Revision des Schriftstellers Robert Grafmann in Elettin gegen das Urteil des Landgerichts Nürnberg vom 23. März, durch welches auf Einziehung und Unbrauchbarmachung der von Grafmann verfaßten Schrift „Ueber die Lehren Peters von Siquori“ erkannt wurde.

Leipzig, 10. Juni. (B. Z. V.) Der vierte internationale Verlegerkongress ist heute vormittag in Anwesenheit von ungefähr 400 Delegierten von dem Präsidenten des Kongresses Albert Prodhaus im Deutschen Buchhändlerhause eröffnet worden.

Dresden, 10. Juni. (B. Z. V.) Die „Dresdener Nachrichten“ schreiben über die Krise der „Kreditanstalt für Industrie und Handel“ sowie über die „Electricitätswerke vorm. Nummer u. Co.“: In den letzten Tagen fanden wiederholt Besprechungen statt, an welchen die Vertreter der Reichsbank, der Sächsischen Bank, der Dresdener Bank, der Deutschen Bank sowie der hiesigen Bankhäuser Gebährd Arnold und Günther und Rudolph teilnahmen. Es wurde beschlossen, unter der Bedingung, daß sämtliche Wechselinhaber Stundung gewähren, der Kreditanstalt 6 1/2 Millionen Mark gegen Unterpfand in schätzungsweise ungefähr gleichen Beträge zur Verfügung zu stellen. Damit würde die Kreditanstalt im Stande sein, die sämtlichen Hypotheken und Wechselinhaber voll zu befriedigen. Allseitig war man der Meinung, daß bei einer langamen Liquidation, die nicht zu vermeiden sein wird, auch die Wechselgläubiger der Kreditanstalt volle Befriedigung erhalten würden, während freilich für die Aktionäre nur die Verteilung zur Zeit unüberwindlicher Werte übrig bleiben wird. Anhängiger war das Resultat der Besprechungen für die Aktien-Gesellschaft vorm. Nummer u. Co., deren Verhältnisse mehr verwickelt sind, so daß deren Lösung außergerichtlich sich nicht ermöglichen läßt. Die Vertreter der Banken und Bankhäuser waren aber darin einig, daß im Interesse der vaterländischen Industrie dieses Unternehmen durch Rekonstruktion erhalten werden müsse. Die bisherigen Direktoren der Kreditanstalt, Generalkonsul Kommerzienrat Horn, Bürgermeister a. D. Vicekonsul Röber, reichten ihre Demission ein, die der Aufsichtsrat der Bank annahm.

Kaiserlautern, 10. Juni. (B. Z. V.) Die „Pfälzische Presse“ meldet: Auf einem Jagdausflug nach Hokeneck erschuß am Sonnabendmorgen der Kaufmann Leininger aus Unterfranken nach heftigem Wortwechsel den Weinbändler August Scherner aus Dalsheim mit dem Jagdgewehr; Leininger stellte sich hier selbst dem Gericht.

Hamburg, 10. Juni. (B. Z. V.) Der zurückgetretene amerikanische Konsul Stern hat sich in den öffentlichen Anlagen in der Nähe der Stadt erschossen.

Wien, 10. Juni. (B. Z. V.) Die ungarische Delegation nahm heute nach eingehender Debatte das Kriegsbudget an. Der Kriegsminister erklärte bezüglich der neuen Gesetze, daß er keinen weiteren Schritt zu thun gedenke, so lange die Kanonen nicht genau erprobt und alle Einzelheiten festgestellt worden seien.

Budapest, 10. Juni. (B. Z. V.) Die Lage in Reschhya, wo über 4000 Arbeiter der österreichisch-ungarischen Staatsbahnen in den Ausstand getreten sind, ist kritisch geworden. Die Frauen und Kinder der Ausständigen zogen vor das Amtsgebäude, bewarfen dasselbe mit Steinen und Schrien: „Unsre Kinder hungern!“ Gendarmen drängten die Menge zurück und sperrten die Straßen ab. Mittags trafen zwei Kompanien Militär zur Aufrechterhaltung der Ordnung ein.

Paris, 10. Juni. (B. Z. V.) In mehreren Städten des Nord-Departements, wie Roubaix und Armentières, wurden gestern von Socialisten Kundgebungen gegen die Frohleichnamspromission veranstaltet. In Roubaix kam es hierbei zu ersten Aufrührungen; mehrere Personen erlitten durch Steinwürfe leichte Verletzungen. Die Polizei nahm eine Anzahl Verhaftungen vor.

Paris, 10. Juni. (B. Z. V.) Deputiertenkammer. In der heutigen Sitzung wird die Verhandlung über den Gesetzesentwurf bezüglich der Arbeiter-Zwangsversicherung wieder aufgenommen. Dralle belämpft den Entwurf und sagt, es gelinge auch in Deutschland nur, sehr geringe Invaliditätsrenten zu gewährleisten. Pallant (Socialist) unterbreitet einen Gegenentwurf und sagt, auf Deutschland hinweisend, hinzu, es würde ein Beweis von Schwäche sein, wenn man weniger thun würde als Deutschland. Pallant geht sodann auf die Einzelheiten des deutschen Gesetzes ein. Die Beratung wird hierauf auf morgen verlag.

Chambery, 10. Juni. (B. Z. V.) Ein Amerikaner Namens Schandale wurde während der Eisenbahnfahrt zwischen Modane und St. Michel von drei Individuen, die sich in demselben Wagenabteil befanden, ausgeplündert. In St. Jean de Maurienne verhandigte Schandale die Gendarmen von dem Diebstahl. Die Gauner ergriffen dann die Flucht, sprangen in den stark angeschwollenen Aar-Fluß und ertranken.

London, 10. Juni. (B. Z. V.) Der Schriftsteller Sir Walter De fant ist gestern gestorben. — Der Dichter Robert Buchanan ist heute gestorben.

Rom, 10. Juni. (B. Z. V.) Deputiertenkammer. Chiuffi richtet an den Minister des Reichs eine Anfrage wegen der Ausweisung italienischer Arbeiter aus Deutschland und wegen der ungenügenden Unterstützung, die solchen Ausgewiesenen von Seiten der italienischen Konsula in Deutschland und in der Schweiz bei ihrer Durchreise gewährt wird. Minister des Reichs, Prinetti, giebt zu, daß diese Ausweisungen belagendwert seien; sie seien aber glücklicherweise selten und die Arbeiter würden in ihre Heimat befördert, nicht einfach ausgewiesen. Da die Kosten der Heimbeförderung der auswiesenden Regierung zur Last fielen, könne die Regierung nichts weiter thun.

Konstantinopel, 10. Juni. (Melbung der „Agence Havas“.) Obgleich die Deputiertenkammer beschlossen hatte, ihren Präsidenten zu beauftragen, den Generalkonsuln den Besuch auszusprechen, an Griechenland angeliedert zu werden, hat Prinz Georg selbst offiziell diesen Besuch den Generalkonsuln mitgeteilt, welche sich weigerten, denselben entgegenzunehmen.

New York, 9. Juni. (B. Z. V.) Bei Vestal (Staat New York) fuhr gestern abend auf der Lodawanna-Gilensbahn ein Güterzug auf einen anderen auf. Infolge des Zusammenstoßes explodierte eine im vordersten Wagen des einen Zuges befindliche Ladung Dynamit. Mehrere Wagen wurden zertrümmert, andre verbrannten. Vom Zugpersonal wurden 6 getötet, 3 tödlich verletzt.

**Lokales.**

**Zur Schulkrauswahl.**

In der Sonnabendnummer sprachen wir die Vermutung aus, daß gegen den vom Ausschuss vorgeschlagenen und vom Allerweitsmacher Jacobi protegierten Gymnasialdirektor Schulze gewichtige Material vorliegen müsse, weil die anscheinend vorher schon gesicherte Wahl plötzlich zweifelhaft geworden sei. Diese Vermutung hat sich vollumfänglich bestätigt. Uns würde die Wahl eines Schulkraus für das höhere Schulwesen sehr wenig interessieren, wenn es sich dabei nur um die Befreyung dieses Postens an sich handelte. Befamntlich hat ja der Staat das Bedürfnis nach höheren Schulen aus seinen Mitteln zu decken. Im preussischen Staat sind aber die Mittel für Kulturzwecke äußerst knapp und so hat denn in Berlin die Stadtgemeinde die Ausgabe des Staats übernommen. Mit geradezu himmlischer Geduld hat der preussische Staat es sich gefallen lassen, daß die Stadt neben den in Berlin vorhandenen 4 königlichen Gymnasien noch 11 städtische Gymnasien, neben dem einen königlichen Realgymnasium 7 städtische Realgymnasien, 2 städtische Oberrealschulen und 12 städtische Realschulen (höhere Bürgerliche Schulen) sowie neben 2 höheren königlichen Mädchenschulen 6 städtische und endlich neben 4 Vorschulen an königlichen Gymnasien 18 städtische Vorschulen errichtet hat. Dies erfordert von Seiten der Stadt einen Zuschuß, der nach Abzug der Einnahmen aus Schulgeldern und der sonstigen Einnahmen, für das laufende Etatsjahr etwa 2 785 000 M. ausmacht.

In dieser Summe fehlen aber noch eine ganze Reihe von Ausgaben, z. B. die für Pensionen, größere Reparaturen usw. Das ist insgesamt eine Summe, die die Stadt in ganz erheblichem Maße belastet, zumal sich dieser Betrag auf rund etwa 21 870 Schüler verteilt, so daß also die Stadt pro Kopf dieser Schüler etwa 127 M. jährlich hinzuzahlen muß. Für den einzelnen Gemeindefiskus beträgt der Zuschuß nur 63,94 M. Der Staat hat es sich, wie gesagt, gefallen lassen, daß die Stadt solche schweren Verpflichtungen auf sich genommen hat, jedoch hat er die Aussicht und die gesamte Kontrolle beibehalten, so daß es der Stadt hier genau so geht wie bei der Feuerweh, für die sie auch die Kosten zahlen darf, ohne daß sie den geringsten Einfluß auf die Verwaltung hat. Der Schulkraus für das höhere Schulwesen erhält sein Gehalt zwar von der Stadt, seine vorgelegte Behörde ist aber nicht die städtische Schuldeputation, sondern das königliche Provinzial-Schulkollegium.

Von diesem Gesichtspunkte betrachtet, sieht es aus, als ob es für uns von wenig Belang wäre, wer der Erbeuter der „fetten Früchte“, wie die „Staatsb.-Ztg.“ sich geschmackvoll auszudrücken beliebt, sein wird. Nicht man dabei aber in Betracht, daß der Schulkraus auch zugleich Mitglied des Magistrats ist, der in allen anderen Fragen der Verwaltung mitzusprechen hat, so wird es begreiflich, daß es auch uns nicht gleichgültig sein kann, wer an diesen Posten gestellt wird. Welche Erwartungen man in dieser Beziehung in Herrn Direktor Schulze setzen darf, das geht aus seinem im Jahre 1895 herausgegebenen Schulprogramm für das französische Gymnasium hervor. In der letzten Zeit mehrten sich vernünftigerweise die pädagogischen Stimmen, die nach einer einheitlichen Volksschule als Unterbau für die höheren Schulen verlangten; ist dies ja auch eine der vom Bürgerthum noch nicht ganz vergessenen liberalen Forderungen. Ja, von dieser allgemeinen Volksschule, in die alle Bürger, ob reich oder arm, ihre Kinder schicken müssen, versprechen sich viele Liberale sogar die Ueberbrückung der vorhandenen Klassenunterschiede. So sagt Herr Schulinspektor Dr. F. W. in seiner im Jahre 1894 herausgegebenen Denkschrift über die Entwicklung des Berliner Gemeinde-Schulwesens:

„Die (die Gemeindefschule) wird von dem Gedanken getragen, alle Kinder, diejenigen der Armen und der günstiger Gestellten, sollen auf derselben Schulbank sitzen und nach den gleichen Grundrissen der Gestaltung und Bildung erzogen werden, weil dieses der beste Weg sei zur Hebung des sittlich Verlassenen und zur Annäherung der verschiedenen Volksschichten unter einander.“

Während Herr Direktor Schulze. Dieser steht in einem einheitlichen Unterbau geradezu den Ruin des Staates, da die Schule dann nicht mehr im Stande sein würde, diesem die nötige Anzahl nach jeder Richtung hin „wohl befähigter Bürger zuzuführen“. Aber Herr Schulze geht noch weiter. Auf Seite 89 seines Programms heißt es:

„Es ist deshalb eine ganz widersinnige Forderung einiger im sozialistischen Fahrwasser schwimmenden „Socialpolitiker“, daß in den großen Städten die Vorschulen der höheren Lehranstalten womöglich aufgehoben und die Kinder aller Stände in einer gemeinsamen Volksschule vereinigt werden sollen.“

Daß wir nach diesen Auslassungen nicht für Herrn Schulze eintreten können, ist selbstverständlich. Was sagt aber Herr Cassel zu diesen Ausführungen? Er, der Zeitungsnachrichten zufolge mit Herrn Jacobi einzigt Stimmen für Herrn Direktor Schulze gesammelt haben soll? Offenlich weiß Herr Cassel noch, was er zu einem von socialdemokratischer Seite gestellten Antrag gesagt hat, der zwar nicht sofortige Wirkung, aber doch eine wesentliche Erleichterung für die Vorschulen herbeiführen und dadurch auf eine allgemeine Volksschule hinwirken sollte. Herr Cassel fährt damals aus:

„... wir sind auch Freunde des Fortfalls der Vorschule und der Ausbildung der Gemeindefschule zu einer allgemeinen Volksschule, so daß sie den Anfang des Unterrichts für alle Kinder gewährt.“

Herr Cassel wird also, wie wir voraussetzen dürfen, denen Dank wissen, die auf den falschen Freund aufmerksam gemacht haben. Durch seine bedenklichen Ansichten dürfte sich aber Herr Schulze auch den größten Teil der übrigen liberalen Stimmen verschert haben. Daß das, was er gesagt hat, gegen die liberalen Anschauungen verstößt, liegen sie schließlich noch durchgehen, denn „Toleranz“ liegt ja im Wesen des Liberalismus. Daß sie aber im sozialistischen Fahrwasser schwimmen sollen, das werden sich die Herren von dem Schulkrausandidaten nicht ungestraft nachsagen lassen.

**Städtische oder Privatbahnen?** Offiziell wird gemeldet: Die Aktiengesellschaft Siemens u. Halske hat bei den Staatsbehörden und dem Magistrat die Genehmigung nachgesucht zum Bau und Betrieb einer mit 3 Kilometer langen Linie vom Potsdamer Bahnhof über den Alexanderplatz nach dem Bahnhof Alexanderplatz und Bahnhof Frankfurter Allee der Ring-Eisenbahn. Die Gesellschaft hat unter Hinweis darauf, daß diese beantragte Bahnstrecke lediglich als eine Fortsetzung der Hochbahn anzusehen und zum Gedelben des letzteren Unternehmens unbedingt erforderlich sei, jedes Eingehen auf das Anerbieten der Stadt, die Untergrundbahn vom Potsdamer bis zum Alexanderplatz für Rechnung der Stadt zu bauen, abgelehnt und um baldigen Beschluß ersucht. Auch das Polizeipräsidentium drängt auf möglichst schnelle Erledigung der Angelegenheit. Damit tritt an die städtischen Behörden die Notwendigkeit heran, eine Beschlußfassung über das Gesuch der Firma Siemens u. Halske sobald wie möglich herbeizuführen, wollen sie sich nicht der Gefahr aussetzen, daß im Wege des Ergänzung- oder Enteignungsverfahrens ohne ihre Mitwirkung die zuständigen Staatsbehörden den Antrag der Firma Siemens u. Halske zur Entscheidung bringen. Aus diesen und anderen Gründen hat der Magistrat beschlossen, mit der Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen wegen der Ausarbeitung eines Entwurfs für eine Unterpflasterbahn zu unterhandeln. Die Gesellschaft verlangt dafür 20 000 M., und mannehr wird sich die Stadtverordneten-

Verammlung mit dieser Angelegenheit in der nächsten Sitzung beschäftigen.

Vor Jahresfrist faßte der Magistrat den Entschluß, daß fortan grundsätzlich neue Straßenbahnlinien nur auf Rechnung der Stadtgemeinde gebaut werden sollten. Hoffentlich findet sich bald Gelegenheit zu zeigen, daß in dem vorliegenden Falle die Stadt Berlin Herr im Hause ist.

**Die Aufhebung des Arbeiterschutzes im Bäckereigewerbe** und die Vertheilung der Nachtarbeit scheint den Herren von der Bäckerei „Germania“ zum Teil mehr am Herzen zu liegen, als die Ausbildung der Lehrlinge. Die Gewerbe-Deputation des Magistrats hat dem Vorstande der bekannten Bäckerei nachstehendes Schreiben zugehen lassen: „Die polizeilichen Ermittlungen haben ergeben, daß verschiedene Lehrlinge, welche bei ansehnlich Vermögen wohnenden Innungsmitgliedern beschäftigt sind, weder eine noch noch Fortbildungsschule besuchen. Den Vorstand weisen wir eingehend an, die Aufnahme dieser Lehrlinge in eine Schule zu bewirken, den Schulbesuch durch diese Lehrlinge streng zu überwachen und uns in irgend welcher Weise Bericht darüber zu erstatten. Gleichzeitig wolle der Vorstand und angeben, was gegen die sämmtlichen Meister, welche der ihnen obliegenden Anmeldepflicht der Lehrlinge nicht nachgekommen sind, veranlaßt worden ist. Endlich möchten wir dem Vorstande zur Pflicht, auch femerhin und zwar sorgfältiger wie bisher darüber zu wachen, daß alle Lehrlinge regelmäßig die Schule besuchen und wir ersuchen, alle Verstöße gegen die in dieser Beziehung gefassten Innungsbeschlüsse unmissverständlich zu ahnden. Bei einer Bewandlung der in dieser Hinsicht dem Vorstande obliegenden Pflichten würden wir uns genötigt sehen, gegen den Innungs-Vorstand selbst einzuschreiten.“ Diese kategorische Mahnung der Gewerbe-Deputation veranlaßt den Innungsvorstand seinerseits an die Innungsmitglieder, unter Androhung von Geldstrafen, die Aufforderung zu richten, ihre Lehrlinge regelmäßig und pünktlich zur Schule zu schicken. Der Vorstand giebt die Berechtigung der von der Gewerbe-Deputation des Magistrats erhobenen Vorwürfe zu und erklärt, daß auch die sogenannten „Beauftragten“ der Innung große Nachlässigkeit der Meister auf diesem Gebiete feststellen mußten.

**Erholungsstätte für Frauen.** Das Komitee für Erholungsstätten von Roten Kreuz eröffnet in den nächsten Tagen die zweite Erholungsstätte, die für weibliche Kranke und Genesende bestimmt ist. Die Erholungsstätte befindet sich im Schönholzer Forst bei Pantow, gegenüber dem Schloß Schönholz, bei der Janderischen Baumwälder. Sie ist mit den Linien der Großen Berliner Straßenbahn (Kreuzberg-Bahnhof Schönholz und Nixdorf-Pantow-Nieder-Schönholz), mit der Straßenbahn von Siemens u. Halske (Linie Mittelstraße-Pantow), sowie von den Pantower Eisenbahn-Haltestellen in 10-15 Minuten zu erreichen. Die Leitung der Erholungsstätte bei Pantow hat Frau Schwabe, Vorsitzende des Vaterländischen Frauenvereins zu Pantow, übernommen. Meldungen von Krankenkassen gelieferten in der Weise, daß die Krankenärzte Ueberweisungsscheine an die Erholungsstätte ausfertigen, die von dem Kassenvorstande zu genehmigen und dem Bureau für die Erholungsstätten, unter den Linden 16, zuzustellen sind. Andre Kranke und Genesende wollen bei diesem Bureau die Aufnahme an die Erholungsstätte nachsuchen. Meldungen werden bereits von heute ab entgegengenommen.

**Ueber die Kornblumen-Sammler** wird in der Umgegend von Berlin auch in diesem Jahre wieder sehr geklagt. Es sind beim Pflücken der Kornblumen wieder erhebliche Beschädigungen von Getreidefeldern vorgekommen. Die Gemeindevorstände einzelner Vorortgemeinden warnen daher in Bekanntmachungen vor dem Betreten der Felder und bringen die bezüglichen Strafbestimmungen in Erinnerung. Sie erlauben zugleich die Eltern und Vormünder, ihren Kindern und Pflegebefohlenen das Einammeln von Kornblumen zu untersagen.

**Verschiedene Verkehrsunfälle** bedrängten die beiden letzten Tage. Am Sonntagvormittag riß der Oberleitungsbüchse der elektrischen Straßenbahn an der Ecke der Hort- und Maderstraße. Die Feuerweh war schnell zur Stelle und beseitigte durch Ausschalten des Stroms die Gefahr, ohne daß Personen verletzt wurden. Wie es heißt, geht die „Große“ mit umfassenden Sicherheitsmaßnahmen um. Wie diese aussehen werden, bleibt abzuwarten.

In Zegel waren gestern von der Betriebsverwaltung der Großen Berliner Straßenbahn umfassende Vorkehrungsregeln getroffen worden, um die Wiederholung einer Katastrophe, wie sie sich am Sonntag vor acht Tagen ereignete, zu vermeiden. Es war strenge Anordnung gegeben worden, daß die Schaffner das Aufsteigen von Personen an den Haltestellen zwischen der Backfischen Fabrik und Zegel (Endstation) nicht gestatten, um so zu verhindern, daß die Züge besetzt auf der Station eintrafen. Die Bordplattform der Motorwagen wurde schon während des Passierens der Berlinerstraße in Zegel zu beiden Seiten geschlossen.

Ein Straßenbahn-Unfall ereignete sich in der Nacht zum Montag vor dem Nixdorfer Rathaus. An der dort befindlichen Weiche sprang ein Anhängerwagen aus den Schienen und fuhr einem ihm entgegenkommenden Motorwagen in die Seite, so daß alle Scheiben zertrümmert wurden. Ein Fahrgast wurde durch umherfliegende Ecken verletzt.

**Kraftwagen** haben am Sonntag mehrfach Unheil angerichtet. An der Kreuzung der Charlottenburger Chaussee und der Bellevue-Allee wurde ein 71 Jahre alter Herr J. Fulbrecht aus Magdeburg durch einen von einem Gymnasialisten gefahrenen Kraftwagen umgestoßen und nicht unbedenklich an der Stirn verwundet. Ein Schwamm brachte ihn in ein Krankenhaus. Einer unglücklichen Mädchensoldat machte sich ferner ein Motorschreiber in Charlottenburg schuldig. Dort radelten das Kaufmann Ehelechte Ehepaar aus der Jasmunderstraße und ein Fräulein Wicht durch die Berlinerstraße auf ihren Zweirädern nach der Spandauerstraße. Als sie das Warnungsschild eines Motorwagens hinter sich hörten, fuhrten alle drei so weit als möglich nach rechts. Trotzdem lag Fräulein Wicht im nächsten Augenblick schon am Boden. Der Motorwagen hatte sie umgerannt und ihr Rad zertrümmert, während sie selbst glücklicherweise unversehrt blieb. Ehler, und dessen Frau stützten über sie, kamen aber auch mit dem Schreck davon. Der Motorschreiber wurde von Radfahrer eingeholt. Er war Angestellter einer Motorwagen-Gesellschaft. Frech lachend sagte er noch: „Das sind nicht die ersten.“ Hoffentlich wird ihm das Gericht einen gründlichen Denkzettel erteilen.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich Sonntagvormittag in Mariendorf in der Chausseestraße nahe der Bergstraße. Das 21-jährige Mädchen des Bauarbeiters Schula liegt in einem unbewachten Augenblick auf den Fahrdamm und wurde hier von den Pferden eines nach Berlin fahrenden Straßenbahnwagens zu Boden gerissen und von dem Wagen schwer überfahren, daß der Tod augenblicklich eintrat. Dem Anführer soll nach dem Urtheil der Augenzeugen keine Schuld an dem entsetzlichen Vorfall treffen; jedoch geht man wohl nicht fehl, wenn man die Schuld auch auf das Konto der mangelhaften Schutzvorrichtung setzt. In Betracht ist zu ziehen, daß für den Sonntagvormittag nach Mariendorf sechs Wagen gebraucht werden, welche wahrhaft fantastischen Ursprungs sind und allen modernen Einrichtungen Hohn sprechen.

**Der in der Bernauer Mordaffäre** als Hauptbeschuldiger verhaftete pensionierte Postkassierer Stern verhaftet in Brenauer Gefängnis trotz der Schwere der ihn belastenden Momente dabei, alles im Nichtwissen zu stellen. Er hat einen Alibiweis angetreten, der aber vollständig mihthätig ist und gerade durch das negative Ergebnis zu einer schweren Belastung wird. Dagegen sammelt sein Verteidiger, Rechtsanwalt Hugo Caro aus Berlin, jetzt das Material, welches darthun soll, daß Stern geisteskrank sei. Außer einem

schon vor einigen Jahren ausgestellten Physikalattest, welches sich dahin ausspricht, macht der Verteidiger noch eine Reihe anderer Momente geltend, die zu berechtigten Zweifeln an der Zurechnungsfähigkeit Sterns Anlaß geben. Dazu gehört u. a. sein persönliches Verhalten zu der Zeit, als er im vorigen Jahre mit einer Schartruppe durch das Land gezogen ist.

**Arbeiterisiko.** Auf schreckliche Weise lam Sonnabend der Arbeiter Tieg auf dem an der Ecke der Hollmann- und Alten Jakobstraße errichteten Bau zu Schaden. Als Tieg mit dem Reingien des Fabrikstischschraums beschäftigt war, fiel der Fabrikstuhl herab, traf den Kopf des Unglücklichen und zerbrach ihm zweimal den Kreuzbeinwirbels. Der schwer verletzte Arbeiter wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. An dem Fabrikstuhl fehlte die Signalvorrichtung.

**Mordversuch.** Im Flur des Hauses Reichendergerstr. 81a brachte der 28 Jahre alte Sattlergeselle Wehrbach der im Nebenbause bei ihren Eltern wohnenden gleichaltrigen Anna Bernide wegen verächtlicher Liebe mehrere Stiche mit einem Sattlermesser bei und verletzte sie lebensgefährlich am Kopf, an den Armen und an der Brust. Das Mädchen erhielt auf der Rettungswache in der Waldbergstraße einen Verband und wurde dann nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Der Thäter wurde verhaftet.

**Auf eine seltsame Art zu Schaden gekommen** ist der vierjährige Sohn Willy des Maurerpoliers Jeske aus der Wallstraße 31 zu Charlottenburg. Vor der Kaiser Friedrich-Loge stand um 2 Uhr am Sonntagnachmittag ein betrunkener Mann, um den sich eine große Menschenmenge sammelte. Der Vogewirt J., dem diese Dekoration nicht paßte, schleuderte den Mann beiseite. Der Betrunkene schlug im Fallen den kleinen Jeske, der in seiner Nähe stand, zu Boden, wobei sich der Knabe am Kopf und an den Knien so schwer verletzte, daß die Sanitäts- und Rettungswache ihn dem Krankenhaus zuführen mußte.

**Vor den Augen seines Sohns ertrunken** ist am Sonntagmorgen der 40 Jahre alte Arbeiter G. aus der Siuimunderstraße. Der Mann lam mit seinem fünfjährigen Sohn in das Marienbad und schwamm einige Minuten, während der Knabe am Geländer stand und zusah. Plötzlich ging er unter und lam nicht mehr zum Vorschein. Ein Bademeister sprang ihm nach und holte ihn aus dem Bassin heraus; er war aber bereits tot. Wahrscheinlich hat ihn der Schlag geführt.

**Am Dinschlag verstorben** ist am Sonntagnachmittag der 63jährige Arbeiter Robert Tieg aus Berlin. J. fiel am Nixdorfer Allee in Nixdorf plötzlich um und verlor auf der Stelle. Ein zufällig vorüberkommender Arzt konnte nur noch den Tod infolge Dinschlags konstataren. Die Leiche wurde nach der alten Nixdorfer Leichenhalle gebracht.

**Ueberfall.** In der Nacht zum Montag kurz nach 12 Uhr ist der Former W. aus der Grünhaldenstr. 2a an der Ecke der Brunnenstraße und Vorkingstraße ohne jeglichen Anlaß von vier Strothen überfallen und schwer verletzt worden. Er blieb besinnungslos auf dem Straßenpflaster liegen und wurde von einem Schyumann und einem Arbeiter mittels Drohse nach der Unfallstation gebracht. Als der Beamte erschien, waren die Strothe längst verschwunden. Der Ueberfallene hat an der Stirn wie an der Hand mehrere Verletzungen erlitten.

**Durch eine Mehlstaubexplosion** wurden in der Nacht zum Sonntag in der Bäckerei von A. Kettner, Stenbalerstraße 5, vier Personen mehr oder weniger schwer verletzt. Alle wurden von der Feuerweh nach dem Krankenhaus in Noabit geschafft. Der Bäckergeselle A. Henschel wurde so schwer verbrannt, daß sein Zustand besorgnis erregend ist; die übrigen Beschäftigten sind leichter verletzt, auch der Meister hat nur leichte Brandwunden erlitten. Das ausgebrochene Feuer konnte schnell gelöscht werden. Die Explosion ist dadurch entstanden, daß glühende Kohlen auf die Erde fielen, die mit Mehlstaub bedeckt war.

**Verschunden** ist seit dem 24. Mai der 19 Jahre alte Schneider Emil Anglin, der bis dahin im Hause Nylste, 43 bei seiner Mutter wohnte. Da vermutet wird, daß dem geistig nicht besonders begabten jungen Mann ein Unglück zugestoßen ist, so wollen alle, die über seinen Verbleib Nachricht geben können, der Mutter oder dem nächsten Polizeibureau Mitteilung machen. Anglin ist von mittlerer Statur und schwächlichem Körperbau und hat dunkelblondes Haar. Er leidet war er mit schwarzer Nase und Weste und dunklem Jackett.

**Strahensperrung.** Das Tiergarten-Ufer von der Lichtenfelstraße bis zur Charlottenburger Chaussee wird behufs Reubefestigung der Chausseedecke vom 10. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

**Feuerbericht.** Montagnachmittag 4 Uhr entzündet Jerusalemstraße 1 durch Unfällen eines Spirituslochers ein kleiner Zimmerbrand, der indes bei Anknüpf der Wehr bereits erlosch war. Am Sonntag war Alte Schönhäuserstraße 1 ein Dachstuhlbrand abzuwickeln. Königsbergerstraße 4 und Stargarderstraße 17 brannten Möbel und Kleider, während Greifswalderstraße 13 Electricien eingestürzt wurden. Kleinere Brände wurden außerdem von Rheinsbergerstraße 26 und Neue Friedrichstraße 76 gemeldet.

**Von der Feuerschau-Ausstellung.** Die für den Ausstellungsbesucher unentgeltlichen Vorträge beginnen 7 1/2 Uhr abends. Heute spricht Feuerlösch-Direktor Kramer über Feuerweh; morgen Dr. Vode über Erste Hilfe bei Unglücksfällen; am 13. d. Mts. Dr. Michalis über Sauerstoff bei Rettungsarbeiten der Feuerweh; am 14. d. Mts. Oberinspektor Fränkel über Regulierung von Brandschäden; am 15. d. Mts. Geheimrat Dr. Kraut-Hannover über Baumwollenbrände.

**Der „Verein von Freunden der Trepow-Sternwarte“** hält am Mittwoch, den 12. Juni, seinen 61. Beobachtungsabend ab. Direktor Archenhold spricht über „Die Bedeutung der Astronomie für die Schiffahrt“. Mit dem großen Fernrohr wird der interessante Sternhaufen im Hercules beobachtet.

**Orgelkonzert.** Fräulein Margarete Schmidt, Fräulein Martha Roskowitz, Fräulein Margarete Winther und andre Schillerinnen von Frau Clara Bindhoff, Herr Konzertmeister Berthold Heine und Herr Adolf Voigt unterfragen den Orgelvortrag des Musikdirectors Otto Dietel in der Marienkirche am Mittwoch, den 12. Juni, mittags 12 Uhr. Der Eintritt ist frei.

**Ringkämpfe im Metropol-Theater.** Das lustige Theater in der Behrenstraße hat im Stürme der Zeiten ja schon mancherlei durchgemacht, aber auf ein Schauspiel, wie es jetzt abendlich vor sich geht, dürfte es schwerlich gerechnet haben. Nachdem Akrobaten und Chansonetten ihre Schuldigkeit gethan, stellen sich zwölf trillende, belächelte Männer im Halbkreis auf die Bühne. Große, handfeste Gestalten, die namentlich, was die Gesichtszüge betrifft, weit eher auf Beschäftigung in der Eisenindustrie als auf Vertrautheit mit den weltbedeutenden Brettern schließen lassen. Wir haben die Elite der Ringkämpferschaft vor uns, der nach dem Arch der Charlottenburger Sternbahn im Metropol-Theater ein göstlich Wohl angeboten worden ist. Da noch immer die Preise in der Gesamthöhe von 1200 M. zu erröthen sind, so ist von vornherein anzunehmen, daß die Kämpen sich tapfer ihrer Haut wehren. Daß das Ringen abstoßend auf den Zuschauer wirkt, läßt sich nicht sagen. Es bestehen strenge Regeln, die jede höhere Ausdehnung aber dem Laien, der den Reizheiten des höchsten Sports nicht nachzuspüren vermag, wird die Sache bald langweilig. Zwei Gewaltige, der Deutsche Gyler und ein Türke, Gotz Mehemed, standen sich eine volle Stunde gegenüber, ohne daß der eine dem andern etwas anhaben konnte. Der Russe lam mit vierstündigem Gesicht, robustem Eisensack und ein paar Armen, die wie Elefantentennis langsam am Körper pendelten, war

entschieden der Stärkere, aber an der Gewandtheit seines verärgert lächelnden Gegners praktisierte alle Kräfteleistungen ab. Nach Ablauf der angelegten Stunde wurde der unentschiedene Kampf vertagt. Dann kam zum Entsetzen der bereits stark gähnenden Zuschauerinnen noch ein Paar, das jedoch Mitleid empfand und den Kampf in zwanzig Minuten beendete. Immerhin war Mitternacht nahe, als endlich Schluss gemacht wurde. Hofflich kommt das Theater trotz der dadurch stark erhöhten Beleuchtungskosten auf seine Rechnung.

**Der Arbeiter-Stenographenverein „Stolze“ (Nord)** eröffnet einen Unterrichtskursus in der Stenographie (Stolze Stenographie) heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Kleinert, Schulstraße 20. Gäste willkommen.

**Weiter Prognose für Dienstag, den 11. Juni 1901.**  
Fühler, vorwiegend trübe und regnerisch bei ziemlich frühen westlichen Winden.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.  
**H. W. M.** Die Reichsbank nimmt derartige Sachen in Verwahrung. Kosten nicht erheblich. Genauere erfahren Sie durch die Reichsbank selbst.  
**R. 12.** Ursprünglich deutsch.  
**Stör.** Mittel für unangenehm.  
**M. G. 4.** Wenden Sie sich an Frau Köhler, Blumenstraße 64/65, Hof II.  
**M. S. 300.** Echtheit rechts 1/11, links 1/12 des normalen.

**Schuleinfolge.** Das Militär-Strafgesetzbuch scheidet zwischen unerlaubter Entfernung und Fahnenflucht (Desertion). Wer sich von seiner Truppe eigenmächtig entfernt oder heimlich fortbleibt oder den Urlaub eigenmächtig überschreitet, wird wegen unerlaubter Entfernung mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren bestraft. Wer sich einer unerlaubten Entfernung in der Absicht, sich seiner gesetzlichen oder von ihm übernommenen Dienstpflicht zu entziehen schuldig macht, ist wegen Fahnenflucht (Desertion) zu bestrafen. Die Strafe für Fahnenflucht ist eine weit schwerere, die Minimalstrafe für Fahnenflucht beträgt 6 Monate Gefängnis, die Maximalstrafe 10 Jahre Zuchthaus.  
- **H. G. 116.** 1. Man ist zur Empfangnahme eines Briefes überhaupt nicht verpflichtet. Bezieht man sich einen Brief anzunehmen, so ist aber die Rücksicht genau dieselbe, als wenn man ihn angenommen hätte. Bezieht also ein Mieter oder Vermieter die Annahme eines Briefes ab, der eine Kündigung enthält, so ist die Rücksicht genau die des Mieters oder der Vermieter zu berücksichtigen. 2. Die Frist ist mangellos entgegengesetzter Vereinbarung erst mit Ablauf des Tages abgelaufen.  
- **S. 3. Ja.** - **100 Schöneberg.** Zum Schlichtertermin in Ehefachen muss der Antragsteller, nicht aber der andere erscheinen. Erscheint er nicht, so muss er, falls er auf Scheidung klagen will, zu einem andern Schlichtertermin laden. Die Kosten hat der Antragsteller zu tragen. Das Armenrechts-Richtersamt kann jede Partei für jeden Prozess - nach hiesiger Praxis aber nicht für das Schlichterfahren - nachsuchen. - **Bruno, Charlottenburg.** Ihr Mieter ist zu dem Abzug nicht berechtigt. Sie können ihn auf Zahlung der Miete und Herausgabe oder Erstattung der Fahrkarte bei dem Amtsgericht des Bezirks, in dem er seinen Wohnsitz hat, verklagen. - **J. St. 45.** Sie sind zur Bezahlung der gesamten Rechnung verpflichtet, weil Sie sich dazu verpflichtet hatten. Was Sie nach Übernahme dieser Verpflichtung gefordert haben, ist gleichgültig. - **H. S.** Danken für Mitteilung.

- **G. N. 100.** 1. Ja. 2. 18 bis 24 M. pro Monat. 3. Es kann wegen einer Klärungsbefreiung sowie für jede andere Forderung Pfändung vorgenommen und überdies der Lohn mit Pfändung belegt werden.  
- **G. M. 21.** Aussicht auf Erfolg hätte solche Klage nicht. - **R. 481.** Es existiert allerdings eine Berliner Polizeiverordnung vom 1. Januar 1900, welche die öffentliche Ankündigung oder Ausbreitung von Gegenständen, Mitteln, Einrichtungen oder Methoden zur Verhütung oder Beseitigung von Geschlechtskrankheiten oder Folgen geschlechtlicher Ausschweifungen u. dergl. unter Strafe stellt, insbesondere also solche Annoncen. Diese Verordnung ist aber rechtsungültig, weil sie nach zwei Richtungen gegen die Verfassung verstößt, denn § 184 des Strafgesetzbuchs in der alten und in der neuen Fassung bedrohen die Ankündigung unzüchtiger Schriften und Gegenstände sowie Annoncen, die bestimmt sind, einen unzüchtigen Verkehr herbeizuführen, mit Gefängnis- oder Geldstrafe, auch mit Verurteilung. Die Polizei hat aber kein Recht, Strafen, die das Strafgesetzbuch androht, abzumildern. Ferner hat sie kein Recht, Polizeiverordnungen über Materien zu erlassen, die im Strafgesetzbuch geordnet sind. Dementsprechend hat auch im Dezember vorigen Jahres das Kammergericht erkannt. - **C. Rein.** - **Paul Hörker.** Ja: es kann jederzeit, also auch während des Urlaubs, die Kündigung ausgesprochen werden, das Arbeitsverhältnis läuft dann mit 14 Tagen nach Eingang der Kündigung ab. - **P. Geife.** Der Austritt aus der Landesstrafe geschieht nur für die Person des Austrittenden. Es müssen also Frau und Kinder, letztere nach vollendetem 14. Lebensjahre, selbst austragen. - **M. G. 35.** Verjährung liegt nicht vor. An den Vertrag sind Sie gebunden, falls Sie nicht zur Zeit des Abschlusses des Vertrags und Zahlung der Rente noch minderjährig (unter 21 Jahren) waren. - **M. G. 206.** Javohl: bis 10 Prozent der Plätze in höheren Schulen können freigestellt vergeben werden. Wenden Sie sich an den Rektor Ihrer Schule und dann an die Schuldeputation.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Dienstag, den 11. Juni  
**Opernhaus.** Cavalleria rusticana. Aftendrübel. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Schauspielhaus.** Zwei Ehen im Feuer. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues Opern-Theater (Kroll).** Rameau's Angot. Anf. 8 Uhr.  
**Schiller.** Das Gefängnis. Anfang 8 Uhr.  
**Deutsches.** Die Zwillingsschwester. Anfang 8 Uhr.  
**Leipzig.** Mansfeld Tourbillon. Anfang 8 Uhr.  
**Berliner.** Ueber unsre Kraft. (1. Teil.) Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Reichshallen.** Frauen von heute. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Neues.** Gastspiel des Schiller-Theaters. Der Herrgottschneider von Kummernau. Anfang 8 Uhr.  
**Westen.** Die schöne Ungarin. Anfang 8 Uhr.  
**Secessionsbühne.** Bunte Theater: Ueberbreitl. Anf. 8 Uhr.  
**Central.** Die Geisha. Anfang 8 Uhr.  
**Thalia.** Geflohen. Puffen. Geflohen.  
**Friedrich-Wilhelmsbühne.** Geflohen.  
**Welle.** Alliance. Das Verprechen hinterm Herd. Die Schwärzin. Anfang 8 Uhr.  
**Metropol.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Apollo.** Spezialitäten-Vorstellung. Frau Anna. Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Vajinge-Theater.** Damen-Ringspiele. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang mittags 12 Uhr.  
**Pastage-Venopitum.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.  
**Urania.** Taubenstr. 48/49. (Am Theaterhaus) Abends 8 Uhr: In Keinen Preisen: Malerische Wanderungen durch die Mark Brandenburg.  
**Jugendtheater.** 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr. Sternwarte.

### Urania

Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
zu kleinen Preisen:  
„Malerische Wanderungen durch die Mark Brandenburg“.  
Invalidenstr. 57/62.  
Tagl. Sternwarte.

### Castans Panopticum.

Neu! Neu! Neu!  
Der Champion aller Billardkünstler  
**Prof. Léon Goffard**  
aus Bruxelles  
tritt täglich auf um 7 1/2 Uhr  
vorm., 5, 7, 8 Uhr nachm.  
Lebende Photographien,  
die eisernen Jungfrau usw.

### Zoologischer Garten

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:  
**Grosses Doppel-Konzert.**  
(Gastspiel von Johann Strauss Jun.)  
**Entree 1 Mark.**  
Ab 7 Uhr nachmittags 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.  
In der „Völker-Arena“:  
**Beduinen-Karawane**  
Besichtigung des Bazars, der Truppe, des Zeltlagers; ferner Eselreiten von 3-8 Uhr.  
Schaustellungen: 4, 1 1/2, 7 Uhr.  
direkt v. d. Strasse an d. Stadtbahn: 50 Pfennig.  
Kinder 25 Pf. Gartenbesucher zahlen 25 Pf., Kinder 15 Pf.

### Prater-Theater

Kastanien-Allee 79.  
Täglich:  
**Aus dem Volke.**  
Vollständigt mit Gesang und Tanz in 4 Akten.  
Kaufmann der Centric-Gesellschaft Hedwig Döring, des Gratedeque-Konikers Paul Coradini, der Gebrüder Damm, Afrobat. The Garays, Radfahrer. Mr. Bartlings lebende Photographien. Konzert und Ball.  
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf. Kolbe.

### Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.  
Im schattig. Sommergarten:  
Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte.**  
**Die Boeren-Kapelle.**  
Wiener-Tarantella-Kapelle, „Sacco“ Neapol. Damen-Kapelle Raymond Theater-Abteilung (Künstler-Variété) erstklass. Spezialitäten  
Von mittags 12 Uhr bis 3 Uhr nachm. „Bürgerliches Diner“. Preis pro Couvert 75 Pf. 4 Gänge.

### Max Kleins Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. - Kritische Zeitung: Paul Mübitz.  
Täglich: (16492)  
**Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**  
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.  
2 hochlegante Regalbahnen, Würfelbahnen, Konditorei, Blumenhand etc.  
Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:  
**Familien-Kränzchen.**

### See-Terrasse Lichtenberg

Röderstrasse 6.  
Heute Dienstag: **Grosses Doppel-Konzert**  
angeführt von der Handkapelle und der italienischen Solist, Instrumental- und Tanzkapelle **Sirena.**  
Auftritte des weltberühmten Turnkünstlers **Mr. Cronje-Boston** und der berühmten Turnkünstlerin **Donna Erwina** auf dem 250 Fuß langen u. 90 Fuß hohen Turmteil.  
**Grosser venetianischer Gondel-Korso**  
angeführt von der Kapelle **Sirena.**  
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet. Großer Vergnügungspark, Hippodrom, Panoptikum, Bootfahrten etc. etc.  
**Grosser Ball** unter Leitung des Tanzlehrers Herrn Heinrich.  
Anfang 5 Uhr. Entree 15 Pf.

### Voranzeige.

### Mittwoch, den 12. Juni 1901: Grosses Kinderfest.

Konzert, Kinderball im Champêtre, Fackelpolonaise. Jedes Kind erhält eine Stadtkarte gratis. Bonbonregen. Große Gratis-Verlosung.  
Jedes Kind erhält an der Kasse ein Los gratis.  
Im Vergnügungspark: Große Volksbelustigungen, Hippodrom, Nachzügler-Kabinett.  
Anfang 5 Uhr. Entree pro Person 10 Pf.  
Verbindungen: Stadt- und Ringbahn: Landberger Allee. - Elektrische Bahnen: Eidenauerstraße (Folketsäle), Kollendortplatz - Landberger Allee. - Moritzplatz - Central-Büchhof. - Wilmersstraße - Köderstraße.

### Zähne 2 Mk.

10 Jahre Garantie. Teilzahlung wöchentlich 1 Mark. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparaturen sofort. Umarbeitung schlecht sitzender Gebisse.  
**Zahnarzt Wolf, Leipziger Strasse 130,**  
(Haus Schaarwächter), Sprechst. 9-7 Uhr. (68/4)

### Magdeburger Kautabak

empfiehlt die Tabakfabrik und Handlung von **H. Saltzmann, Berlin S., Luisen-Ufer No. 3,**  
am Engelbecken. Begründet 1863. (17946)

### Kinderwagen-Bazar „Baby“.

1. Invalidenstr. 160. 5. Brunnenstr. 92. 2. Oranienstr. 31. 6. Reinickendorferstrasse 24-a. 3. Belle-Alliancestrasse 107, am Büchsenplatz. 7. Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse 55. 4. Or. Frankfurterstrasse 115.  
**9, 12-75 Mk. Sportwagen v. 4,50, 6,00-60 Mk. 8, 15-100 Mk.**  
Riessenauswahl Teilzahlung gestattet. (1561)\* Bei größeren Raten Cassaprolis. Liefer. des Post-Spar- u. Vorschussvereins.

### Wedding-Park

Müller-Strasse 178.  
Jeden Dienstag:  
**Norddeutsche Sänger.**  
Biegler, Wolff, Hohenberg etc. Entree 20 Pf., Vorzugsbillets 15 Pf.

### Extrajahrt nach Schmödowig.

Abfahrt 2 Uhr nachmittags. Fahrpreis hin und zurück 50 Pf. Auf vielseitigen Wunsch **Sonnabend, den 15. Juni cr.:**  
**Gr. Monatsfahrt.**  
Abfahrtsstelle: **Stralauer Brücke 5.**  
**Johann Schulze,**  
Fischerbrücke 17. I. 2869.

### Berliner Genossenschaftsbäckerei

(G. G. m. B. G.)  
Am 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Comptoir Neue Hochstraße 18:  
**Ausserordentliche General-Versammlung**  
Tages-Ordnung:  
Geschäftliches. - Anträge. - Berichtendes.  
Der Vorstand.

### Volks-Versammlung

Mittwoch, den 12. Juni 1901, abends 8 1/2 Uhr, in **Golmanns** großem Saal, Kreuzbergstraße 48.  
Tages-Ordnung:  
Vortrag der Genossin **Fanny Imle** über: „Was können die Frauen zur Befreiung der Lebensmittel-Verteuerung thun?“ 9-10  
Die Frauen sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

### Öffentliche Versammlung

der Berliner Einkaufs-Genossenschaft.  
Tages-Ordnung:  
1. Wie verhalten wir uns alle diejenigen Gegenstände, welche bisher nicht von Konsum-Genossenschaften geführt werden können, als: Fahrräder, Nähmaschinen, Möbel usw. auf genossenschaftlichem Wege? Referent: **Hans Loos.** 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder.  
Alle Interessenten sind eingeladen.  
**Berliner Einkaufs-Genossenschaft,**  
Marillendamm 19.

### Achtung! Täglich u. Koffermacher.

Dienstag, 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 5: 157/6  
**Außerordentliche Mitglieder-Versammlung.**  
Einziger Punkt der Tagesordnung: Sind wir geneigt, das Anerbieten der Kofferschleifer anzunehmen? Das Erscheinen aller ist Pflicht.  
Der Vorstand.

### Reichshallen Stettiner Sänger.

Eine Hochzeit in der Müllerstraße.  
Anfang: Sonntag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

### Schweizergarten

Am Königsthor. Am Friedrichshain.  
Täglich:  
**Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.**  
Volksbelustigungen aller Art.  
Jeden Abend 10 Uhr:  
**Moderne Don Juans.**

### Puhlmanns Vaudeville-Theater

Schönhauser-Allee 148.  
Täglich: Große Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Nur Kräfte ersten Ranges. Grosser Erfolg! Grosser Erfolg!  
**Susanne im Bade.**  
Große Ausstattungsoperette  
Anfang: Wochentags 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr.  
**H. Schwann, Direktor.**

### Carl Helbig, Heilgehilfe und Maßneuer

für familiäre Krankenkassen Berlin (11149\*) und Umgebung.  
Hiedensfr. 9. Eing. Baitstr. 19, I.

### Tischler-Verein zu Berlin.

Unser Mitglied  
**Heinrich Kreimeier**  
ist am Freitag, den 7. Juni, verstorben.  
Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 11. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Trauerhauses Friedrichshof in Berlin statt.  
Nege Beteiligung erwünscht (109/3) Der Vorstand.

### Todes-Anzeige.

Hiermit die traurige Nachricht, dass meine liebe Frau und gute Mutter meine Kinder nach langem Leiden am 9. d. M. sanft entschlafen ist. Dies jetzt tiefbetrauert an  
**August Hech** nebst Kindern.  
Beidenweg 83.  
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 12. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhof, Landberger Allee, aus statt.

### Todes-Anzeige.

Am Sonntag, den 9. Juni, starb nach 2 1/2-jährigem Leiden mein lieber, guter Mann, unser guter Bruder, Schwager, Schwiegerohn und Onkel, der **Heinrich Mai**  
an der Lungenentzündung.  
Im Namen der Hinterbliebenen:  
**K. u. F. M. a. G. geb. Jung.**  
Die Beerdigung findet Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Trauerhauses Friedrichshof aus nach Wilhelmshagen statt.

### Orts-Krankenkasse der Sattler u. verw. Gew.

Freitag, den 7. Juni 1901, verstarb das Mitglied  
**Alfred Hildebrandt**  
(Beckstraße von S. 2. u. 3.)  
Die Beerdigung findet Dienstag, 11. Juni, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Solbnerstr. 40 aus nach dem neuen Kirchhof in Ploetzsee statt. J. K.: G. Hinam.

### Reichshallen Stettiner Sänger.

Eine Hochzeit in der Müllerstraße.  
Anfang: Sonntag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

### Arbeiter-Sängerverein Nord.

Der ehemalige Sangesbruder  
**Hermann Casper,**  
Lebervorrichter,  
Berlin N., Chorinerstraße 27,  
wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen obigem Verein gegenüber nachzukommen. Insbesondere die von ihm veranlasseten Wästel abzurufen.  
(1800b)  
Der Vorstand.

### Bruch-Pollmann

empfiehlt kein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradschultern, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenkasse.  
**Eigene Werkstätte**  
Pierant (11092\*)  
für Orts- und Hilfs-Krankenkassen.  
Berlin C.  
**30. Timien-Strasse 30.**

### Stenographie Stolze-Schrey

Der neue Unterrichtskursus des Arbeiter-Stenographen-Vereins „Stolze“ (Nord) beginnt am Dienstag, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Kleinert, Schulstr. 29. Unterrichtsgehalt 4 Mk.  
Die erste Stunde ist kostenfrei. Das Lehrbuch wird gratis geliefert.

### Schiller-Theater

(Wollner-Theater).  
Dienstagabend 8 Uhr:  
**Das Gefängnis.**  
Lustspiel in 4 Aufzügen von Koderich Bendix.  
- Mittwochabend 8 Uhr: -  
**Ephraim Breite.**  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Die Jüdin von Toledo.**

### Central-Theater.

Erste Anfang 8 Uhr. 8 Uhr.  
Mit ganz neuer Ausstattung an Solisten, Dekorationen u. Requisiten, zum 661. Male (in erster Besetzung):  
**Die Geisha.**  
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones. Morgen und folgende Tage: **Die Geisha.** - Anfang 8 Uhr.  
Das Theater ist vorzüglich ventiliert.

### Carl Weiss-Theater

Or. Frankfurterstr. 132.  
**Sie weiß etwas!**  
Schwank in 4 Akten von Rud. Kneifel. Anfang 8 Uhr.  
Morgen: **Pension Schüller.**  
Im Garten: Or. Spezialitäten-Vorstellung. Theater u. Konzert.  
**Das Ueberbrettel.**  
Anfang 5 1/2 Uhr.  
Mittwoch: 1. gr. Kinderfreundensfest.

### Sanssouci

Zu Garten:  
Täglich:  
- **Hoffmanns** -  
**Nordd. Sänger**  
und **Konzert.**  
Anfang d. Konzerts 5 Uhr, der Soutre 7 Uhr. Wochentags 6 Uhr, d. Soutre 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonntag, Montag und Donnerstag: **Tanzkränzchen.**  
Wochentags Vereinsbillets gültig. **Tanz frei.**  
Kaffeeküche täglich ab 4 Uhr geöffnet. Zum Besuche d. Sternwarte (ohne Entree) wird höflich eingeladen.

### Apollo-Theater

Täglich mit kolossalem Erfolge:  
**Frau Luna**  
mit dem Luftball „Grigolats“.  
Ferner:  
**10 sensationelle Spezialität.**  
Gartenkonzert 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.

### Metropol-Theater.

Das urkomische neue  
**Spezialität - Programm.**  
Um 9 Uhr 15 Minuten:  
**Entscheidungs-Ringkämpfe**  
**Hackenschmidt - Petersen**  
**Gotch Mehemed - M. Gambier**  
Rauchen überall gestattet.  
Anfang 8 Uhr.

### W. Noacks Theater.

Schumannstraße 16.  
Täglich im Garten:  
**Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Neu! Eine fidele Kiste. Neu!  
Schwank mit Gesang von C. Braune. Musik von H. Thiele.

### Der Dieb.

Romische Operette in einem Akt von G. Müllner.  
Im Saal: **Tanzkränzchen.**  
**Ostbahn-Park.**  
Am Küstnerplatz, Rüdigersdorferstr. 71.  
**Hermann Imbs.**  
Täglich:  
**Großes Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**

# A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt 16-17  
Ecke Leipzigerstrasse.

Belle-Alliancestrasse 1-2  
Am Blücherplatz.

Gr. Frankfurterstrasse 113  
Ecke Andreasstrasse.

## Für die Reise!

### Lederwaren.

Handkoffer mit grauem Bezug und Leder-Einfassung	Stück	2,25	2,50	2,90	3,25		
Handkoffer mit braunem Bezug und Leder-Einfassung	Stück	2,50	2,85	3,25	3,85		
Handkoffer mit Falten und Riemen	Stück	2,90	3,75	4,50	5,-		
Reisekoffer mit gefirnistem Bezug und Einsatz	Stück	9,50	11,-	13,50	15,-	16,50	18,50
Segeltuchkoffer braun mit Falten	Stück	8,50	9,50				
Lederkoffer mit Falten	Stück	14,50					

### Lederwaren.

Rucksäcke	Stück 95 Pf.	1,90	2,50	2,90
Couriertaschen	Stück 95 Pf.	1,50	1,90	
Gürteltaschen	Stück 45 Pf. 95 Pf.	1,45	1,95	
Luftkissen	Stück 48 Pf.			
Reiserollen	Stück 28 Pf. 45 Pf. 75 Pf. 95 Pf.			
Reiseneccessaires	Stück	2,90	3,75	4,50
Touristentaschen	Stück 95 Pf.	1,75	2,25	2,90
Trinkflaschen mit Riemen	Stück 45 Pf. 95 Pf.	1,25		
Plaidriemen, ca. 100 cm lang	Stück 45 Pf.			
Reisetaschen	Stück 6,- 6,75 7,50 8,50			

### Damen-Hutkoffer

mit Einsatz u. Schloss, Stück 2,85 4,25

### Reisekörbe

4,50 5,50 6,50 7,75

### Runde Hutschachteln

aus Holz Stück 3,25 4,25

### Triumphstühle

Stück 2,25 2,85 3,75

### Hängematten

Stück 95 Pf. 1,75 2,25 2,90 4,50

### Feldstühle

Stück 45 Pf. 85 Pf. 95 Pf.

## BADE-WÄSCHE.

Frottier-Handtücher	{ weiss . . . . .	38, 42, 50, 60, 90 Pf.
	{ bunt . . . . .	40, 50, 65, 82 Pf.
Frottier-Badelaken	{ weiss . . . . .	2,30 2,50 3,10
	{ bunt . . . . .	3,60 4,50 5,15
Frottier-Badetücher	{ weiss . . . . .	1,15 1,25
	{ bunt . . . . .	1,60 1,85
Bademützen		13, 23, 32, 50 Pf.
Badahauben		28, 33, 48 Pf.
Bademäntel	{ weiss . . . . .	3,25 mit Kappe 4,25
	{ bunt . . . . .	2,90 mit Kappe 5,00

Bade-Teppiche	{ einfarbig . . . . .	Stück 1,15 2,-
	{ bunt gemustert . . . . .	Stück 2,10 2,50
Bade-Anzüge für Damen	{ einfarbig . . . . .	Stück 1,05 1,25 1,50
	{ bunt . . . . .	Stück 1,60 1,70 1,80
Bade-Anzüge für Kinder	{ einfarbig . . . . .	Stück 68, 78, 85 Pf.
	{ bunt . . . . .	Stück 90 Pf. 1,10 1,20
Badetricots für Damen		Stück 2,10 2,40 2,65
Schwimm-Tricots für Herren		Stück 1,95 2,25
Tricot-Badehosen	{ für Knaben . . . . .	Stück 50, 70 Pf.
	{ für Herren . . . . .	Stück 80 Pf. 1 M.

## Parfümerien und Seifen.

Zahnbürsten-Behälter	Stück 45 Pf.
Taschen-Apotheke	. . . . . 45 Pf.
Frottier-Handschuhe	. . . . . 15 Pf.
Mundwasser	. . . . . Flasche 45 Pf.
Zahnpulver	. . . . . Carton 20 Pf.

Schwammbeutel	. . . . . Stück 45 Pf.
Lysol	. . . . . Flasche 35 Pf.
Borsyl (Schweisspulver)	Carton 38 Pf.
Bay-Rum	. . . . . Flasche 48 Pf.

Migränen-Stift	. . . . . Stück 23 Pf.
Bartbinde	. . . . . . 25 Pf.
Seifendosen	. . . . . . 38 Pf.
Eau de Quinine	. . . . . 45 Pf.
Toilette-Spiegel	. . . . . Stück 50 Pf.

## TAPISSERIE.

Plaidhüllen, vorgez., Kreuz- und Stilstich	. . . . . Stück 85 Pf.
Plaidhüllen, vorgez., extra gross mit Tasche	. . . . . Stück 2,25
Schirmhüllen, vorgez., 2 theilig	. . . . . Stück 60 Pf.
Schirmhüllen, vorgez., 2 theilig	. . . . . Stück 75 Pf.
Reisekissen, mit Füllung, fertig gestickt	. . . . . Stück 95 Pf.

Badezeugtaschen, grauer Stoff, vorgez.	. . . . . Stück 1,25 1,45
Oberhemdentaschen, vorgezeichnet	. . . . . Stück 2,25
Serviteurtaschen, vorgezeichnet	. . . . . Stück 1,20
Reise-Necessaire, vorgezeichnet	. . . . . Stück 28 Pf.
Reisekorbdecken, vorgezeichnet	. . . . . Stück 95 Pf.

Picnic-Rollen . . . . . Stück 45, 85, 95, 115 Pf.

# III. Wahlkreis.

Donnerstag, den 13. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (großer Saal):

## Versammlung des Wahlvereins.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Eduard Bernstein (früher London): „Die Entwicklung zum Sozialismus“. 2. Diskussion. 3. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Gäste willkommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Der Vorstand.

## Centralverband der Elektromonteur und Berufsgenossen Deutschlands. Sektion Berlin.

Mittwoch, 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Rümmer, Brunnenstr. 188:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Weyl: Was haben wir von einer Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes zu erwarten. 2. Diskussion. 3. Arbeitsnachweis. 4. Abrechnung vom Bergnähren. 5. Verhandlungsangelegenheiten.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen in dieser Versammlung zu erscheinen und zwar pünktlich. Mitgliedsbuch legitimiert.

Unser Arbeitsnachweis befindet sich Brunnenstr. 188 bei Herrn Rümmer. Telefon: Amt 3, Nr. 5203. Die Kollegen werden gebeten, hiervon Kenntnis zu nehmen.

Zahlstellen befinden sich: 1. Brunnenstr. 188. 2. Schiffbauerdamm 10. 3. Reichensbergerstr. 14. 4. Kreuzbergstr. 76. 5. Schiffbauerdamm 16. 6. Poststr. 4. 7. Blumenstr. 48. 8. Rixdorf: Hermannstr. 255. Hauptkassierer: Grotzschel, Eisenbahnstr. 38, v. 2 Tr.

Der Vorstand.

## Deutscher Buchbinder-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Morgen Mittwoch, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

## Mitglieder-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal D).

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Dr. Bernstein über: „Die Volkswirtschaft der Zukunft“. 2. Abrechnung vom Sitzungsfest. 3. Verbands-Angelegenheiten und Beschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Die Ortsverwaltung.

Samstags, den 29. Juni, abends präzis 1/2 9 Uhr:

## Dampfer-Mondscheinfahrt

nach Wilhelminenhof (Ober-Schönweide), verbunden mit

## Großem Sommernachts-Ball.

Billet 75 Pf. für Hin- und Rückfahrt, inkl. Tanz. Abfahrt präzis 1/2 9 Uhr von „Jannowitz-Brücke“ (Grüdenstraße). Bilet sind in sämtlichen Zahlstellen sowie in unserem Bureau, Engel-Ufer 15 II, zu haben. Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Die Ortsverwaltung.

## Achtung! Konsumenten!

Arbeiter, Handwerker und deren Frauen.

Mittwoch, den 12. Juni 1901, abends 8 1/2 Uhr:

## Große öffentliche Versammlung

in der Brauerei Stralau.

Tages-Ordnung:

1. Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften. Fortsetzung der Diskussion von der Versammlung am 15. Mal. 2. Mitgliederaufnahme. 3. Beschiedenes.

NB. Die Referentin aus der vorigen Versammlung, Fräulein Jule, ist anwesend.

Die Kommission. J. A. Schumann.

Fordern Sie in den Cigarettenhandlungen dänischen

## Unfer-Kautabak, vorzüglicher Geschmack.

Ganz neu, in 5 und 10 Pf.-Schächeln. 17452\* Generalvertrieb: Carl Röcker, Berlin, Grüner Weg 8. Amt 7, 3861.

## Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten).

Dienstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr, Gr. Frankfurterstraße 117:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Abgeordneten Emanuel Dürer über: Kommunal-Sozialismus. 2. Diskussion. 3. Beschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht.

## Achtung! MAURER. Achtung!

Mittwoch, den 12. Juni 1901, abends 8 1/2 Uhr, in den Borussia-Sälen, Adlerstraße 6/7:

## General-Versammlung

des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Rechtsanwalts Dr. Feinmann über: „Der Arbeitsvertrag nach dem bürgerlichen Gesetzbuch.“ 2. Diskussion. 3. Regelung der Beiträge zum Streikfonds. 4. Beschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig. Der Vorstand.

## St. Hedwig Geld-Lotterie

zum Besten des St. Hedwigs-Krankenhauses zu Berlin.

7079 Geldgewinne Baar ohne Abzug zahlbar im Betrage von

372,600 Mark.

Die Hauptgewinne sind:

100,000, 30,000, 20,000, 10,000 Mk. etc.

Loose à 3,30 Mark (Porto u. Liste 30 Pf. extra) empfehlen und versenden

Oscar Bräuer & Co. Nachf., Bank-Geschäft

Berlin W., Friedrichstr. 181. Filiale: NW., Wilmackstr. 63.

Ziehung 25. und 26. Juni cr.

## Achtung! Rixdorf. Achtung!

## Sozialdemokratischer Wahlverein.

Mittwoch, den 12. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in Lauckners Festsaal, Bergstr. 151/152:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Das Recht auf Arbeit, Bildung und Gesundheit.“ Referent: Herr Reinhold Gering, Lehrer der Rotenbellschule. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Bericht der Delegierten von der Generalversammlung. 5. Beschiedenes.

Gäste haben Zutritt und zahlen 10 Pf. Entree.

Der Vorstand.

## Lichtenberg! Friedrichsberg!

## Deffentliche Versammlung

heute Dienstag, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Köstch, Chaussee Nr. 120.

Tages-Ordnung:

„Gewerbegebiete.“ (Referent: A. Weyden.) Wie kann die Gewerbe-Organisation in Lichtenberg gefördert werden? Diskussion. Die Kommission.

Jede Taschenuhr reinigen od. Feder einf. 1.50 Pf. umt. Gar. Goldene Damenuhren 15-100 R. Retrogene Silberne Uhren 5.50 R. Teilzahlung gestattet.

G. Paetzl, 1. Geschäft: Wallstraße 14, nahe Spittelmarkt. 2. Geschäft: Turmstraße 65.

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf. Albrechts Bäckereien

Prangelsstraße 9, Krautstraße 19, Falkenstraße 28, Kaufstraße 2.

## Kranz- und Blumenbinderei

von Robert Meyer, unter Marianne-Strasse 2.

Bereits-Kränze, Palmes u. Blumenarrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert gefertigt.

## Herren-Anzüge

u. Valetots, eleg. Ausführung, auch nach Maß, geg. Kaffe u. Teilzahlung. Landauerstraße 13, J. Kurzberg, part. kein Laden.

Ziehung 25. und 26. Juni in Berlin im Ziehungsloose 4. Königl. General-Lotterie-Direktion. 200,000 Loose.

## Große Geld-Lotterie

zum Besten des St. Hedwig-Krankenhauses

Loose à 3.30 Porto u. Liste 30 Pf. extra.

7079 Geldgewinne, zahlbar ohne Abzug, im Betrage von Mark

372600

Hauptgewinne: Mark

100,000

30,000

20,000

10,000

5 à 5000 = 25000

10 à 1000 = 10000

100 à 500 = 50000

200 à 100 = 20000

500 à 50 = 25000

2000 à 20 = 40000

4260 à 10 = 42600

Hedwigs Loose gegen Postanweisung oder Nachn. empf. d. General-Debitit

## Lud. Müller & Co.

in Berlin, Breitestr. 5. Telegr.-Adr.: Glücksmüller

Eigene Fabrikation.

## Fertige Kleider

Enorm billig

Jackettkleider wasserfest dekoriert, jetzt 10 Mt.

Jackettkleider elegante Façons in Cheviot und Homespun 18 Mt., 20 Mt., in feiner Ausführung 30 Mt.

Schwarze Kleider in neuesten Fantasieformen 20 Mt.

Piqué-Kleider weiß und crème elegante Façons 7,50 Mt., 10 Mt., 15 Mt.

Waschkleider in Japhier, Batist und Piqué 6 Mt., 8 Mt., 10 Mt.

Organdy 18 Mt., 20 Mt.

Kostüm-Röcke elegante Façons, 6 Mt., 7 Mt., 10 Mt., 12 Mt., aus Alpaca 4,50 Mt., 6 Mt., aus weiss und crème-Cheviot und Piqué 3,75, 6-8 Mt.

Morgenröcke u. Matinées Blumenhemden 1,25 Mt., 2 Mt., 3 Mt.

Seidenblusen jetzt 8,50 Mt. Schwarze, glatte u. bestickte

Capes u. Kragen in Tüll u. Sammet 10 Mt.

Sielmann & Rosenberg Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.

Maassanfertigung.

Teilzahlung! Herrenhosen, Damenhosen, Westhosen, Regulateure, Damen-Ringe, Ketten

(wöchentlich 1 Mt.), 17748\* Warschauer

Jahre & König, strasse 72;

## Marly-Cacao

vornehmste Marke \*\*\*

\*\*\* von Kennern bevorzugt

Preisliste gratis und franco.

garantirt rein und leicht löslich pr. Pfd. 1,50, 2,00, 2,40 Mk.

A. Pennitz, Berlin, Rosenthalerstr. 59.

# Kleine Anzeigen.

## Verkäufe.

Schmuckgeschäft zu verkaufen. Kundenliste etc. Fruchtschiffstr. 54. Geschäft. 1754b

Reparaturgeschäft zu verkaufen. Fruchtschiffstr. 61. 1750\*

Reparaturgeschäft mit Werkzeugen zu verkaufen. Kundenliste etc. Schöneberg, Rixdorf, Gertrudstr. 1a.

Altenpferde, mit größeren Arbeiten versehen, für 800 Mark zu verkaufen. Dieselbe ist im weiten Umkreise ohne Konkurrenz, hat neue Maschinen und Werkzeuge. (Gaden.) Offerten unter M. G. 800 postlagernd Dühringstr. 10 bei Landsberg zu richten. 1740b

Garbinenhands Große Frankfurterstraße 9, partierre. 145\*

Elegante vorjährige Herrenhosen feinste Stoffe 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21 II

6 Gastkunden können bessere Herrenhosen nach Maß vom Spezialgeschäft sehr preiswert erwerben. Offerten unter „Saisonclub“ Postamt 110 erbeten. 1700b\*

Stoppdecken billig! Fabrik Große Frankfurterstraße 9, partierre. 145\*

Damenhemden mit hübscher Handfärberei, wenig angedunstet, 1,50. Danzig, Wälschestr. 1, Alexanderstraße 67 a.

Sportbillig. Teppiche, Betten, Stoppdecken, Gardinen, Remonturen werden verkauft. Leihhaus, Alexanderstraße 6. 6718\*

Weglich, Schloßstraße 78, Ecke Alendauerstraße: Lager fertiger Herren, Anzügen und Arbeiterhosen. Anfertigung nach Maß zu soliden Preisen. Fritz Damburg.

Adressblätter mit schönem Vorkarten verkauft Lehmann, Schloßstraße 12. 1095K\*

Maurerhütten vorrätig, Gutgeschalt, Vordammstraße 61. (Hausnummer beachten). 704K\*

Kinderwagen, Sportwagen, Kleinenwagen, Bazar Baby, Juwelstraße 160, Frankfurterstraße 116, Oranienstraße 31, Heße, Alliancestraße 107, Reinickendorferstraße 24, a, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 647K\*

Kinderportwagen sportbillig, Andreestraße 28. 651R\*

Achtung, Kaffahrer! Wer sich ein gutes, billiges Fahrrad kaufen will, wende sich an die Berliner Einkaufs-Gesellschaft, Marillandstraße 19

Goldbruner (erfolgreich) sofort jeden Preis! Zoller, Bernauerstraße 21, I

Teppiche mit Gardinen, Gardinen, Teppiche Große Frankfurterstraße 9, partierre. 145\*

Rahmenmalerei und Feuer-Versicherung vermittelt Vulkan-Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 857b

Gasöfen! Sparhähne! 1,50, Dreifachöfen 6,- Dreifachöfen 10,- Waschplättchen, Hängelapparate billig. Gas-Gratzen 12,-. Bohlerer Wollweberstraße 22. 1706b

Ladenbau! Gebrauchtes und neues Kaufhaus, Bretter, Patten, Leisten, Läden, Fenster, Dachpappe, Leer, billig. Kotlitzer Damm 22.

Kinderarmittel, stets frisch offeriert zur Zeit des Brechdurchfalls zu erwünschten Preisen. Flora-Drogerie, Paul Bernke, Rixdorf, Keller Friedrichstraße 242, beim Hermannsplatz. 1644b

Verkauf des Rest guter Geschäftsfach vom Rahn, Charlottenburger-Ufer (an der Mark-Brücke), Gentner 2 Markt, 10 Pfund 20 Pfennig

Walzenständer, blaubildend, für Platinen, Brusttafeln, Schwachlichte, Gewichtzunahme, bessere Geschwindigkeit, überaus schön, 14 Platinen à 1 Mark, 1/2 Tonne 3,50 erhaltene. Nicht Glasgehäuse, Qualität entspricht. Vorkaufsteller Ringler Bernauerstraße 119. 9710\*

Schmuckgeschäft zu verkaufen. Kundenliste etc. Fruchtschiffstr. 54. Geschäft. 1754b

Wollgeschäfte mit Pferd und Wagen zu verkaufen. Röhderer Hofstraße 12 im Schanzgeschäft.

Bestelle mit Ratrage verkauft! Wilschestr. 5, Hof III. Händler werden.

Rekonstruktion verkauft! billig (Werte 650 Mark) Lichtenberg, Wallstraße 25. 1791b

Für Landbesitzer sämtliche Baumaterialien, Dachpappe, Brennholz 5 Pfund Meter Charlottenburg, Diemannstraße 89. 1806\*

Fahrräder, verfallene, hochpreiswert im Fahrrad-Verkauf, Reichsstraße 11. Schunbauer ausgedehnt. 9718

Cigarrengeschäft, mittlerer Stadt, Anhalt, Karte Arbeiterbesorgung, große Wohnung, billige Preise, Friseur, sofort veräußert, 2000 erfordern. Offerten „Dawanna“ Berlin, Postamt 22. 9719

Schlosserei verkauft! billig wegen Übernahme eines Grundstücks. Röhderer Hofstraße 44, Daase. 1795\*

2 Läden, wichtig für Händler, verkauft! Schulstraße 63. 1795\*

Wichtiges Milchgeschäft zu verkaufen wegen anderer Unternehmungen. Stargarderstraße 24. 1750\*

Rahmenmalerei und Feuer-Versicherung vermittelt Vulkan-Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 857b

Wollgeschäfte mit Pferd und Wagen zu verkaufen. Röhderer Hofstraße 12 im Schanzgeschäft.

Bestelle mit Ratrage verkauft! Wilschestr. 5, Hof III. Händler werden.

Rekonstruktion verkauft! billig (Werte 650 Mark) Lichtenberg, Wallstraße 25. 1791b

Für Landbesitzer sämtliche Baumaterialien, Dachpappe, Brennholz 5 Pfund Meter Charlottenburg, Diemannstraße 89. 1806\*

Fahrräder, verfallene, hochpreiswert im Fahrrad-Verkauf, Reichsstraße 11. Schunbauer ausgedehnt. 9718

Cigarrengeschäft, mittlerer Stadt, Anhalt, Karte Arbeiterbesorgung, große Wohnung, billige Preise, Friseur, sofort veräußert, 2000 erfordern. Offerten „Dawanna“ Berlin, Postamt 22. 9719

Schlosserei verkauft! billig wegen Übernahme eines Grundstücks. Röhderer Hofstraße 44, Daase. 1795\*

Wollgeschäfte mit Pferd und Wagen zu verkaufen. Röhderer Hofstraße 12 im Schanzgeschäft.

Bestelle mit Ratrage verkauft! Wilschestr. 5, Hof III. Händler werden.

Rekonstruktion verkauft! billig (Werte 650 Mark) Lichtenberg, Wallstraße 25. 1791b

Für Landbesitzer sämtliche Baumaterialien, Dachpappe, Brennholz 5 Pfund Meter Charlottenburg, Diemannstraße 89. 1806\*

Fahrräder, verfallene, hochpreiswert im Fahrrad-Verkauf, Reichsstraße 11. Schunbauer ausgedehnt. 9718

Cigarrengeschäft, mittlerer Stadt, Anhalt, Karte Arbeiterbesorgung, große Wohnung, billige Preise, Friseur, sofort veräußert, 2000 erfordern. Offerten „Dawanna“ Berlin, Postamt 22. 9719

Schlosserei verkauft! billig wegen Übernahme eines Grundstücks. Röhderer Hofstraße 44, Daase. 1795\*

2 Läden, wichtig für Händler, verkauft! Schulstraße 63. 1795\*

Wichtiges Milchgeschäft zu verkaufen wegen anderer Unternehmungen. Stargarderstraße 24. 1750\*

Rahmenmalerei und Feuer-Versicherung vermittelt Vulkan-Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 857b

Verkauf des Rest guter Geschäftsfach vom Rahn, Charlottenburger-Ufer (an der Mark-Brücke), Gentner 2 Markt, 10 Pfund 20 Pfennig

Wollgeschäfte mit Pferd und Wagen zu verkaufen. Röhderer Hofstraße 12 im Schanzgeschäft.

Bestelle mit Ratrage verkauft! Wilschestr. 5, Hof III. Händler werden.

Rekonstruktion verkauft! billig (Werte 650 Mark) Lichtenberg, Wallstraße 25. 1791b

Für Landbesitzer sämtliche Baumaterialien, Dachpappe, Brennholz 5 Pfund Meter Charlottenburg, Diemannstraße 89. 1806\*

Fahrräder, verfallene, hochpreiswert im Fahrrad-Verkauf, Reichsstraße 11. Schunbauer ausgedehnt. 9718

Cigarrengeschäft, mittlerer Stadt, Anhalt, Karte Arbeiterbesorgung, große Wohnung, billige Preise, Friseur, sofort veräußert, 2000 erfordern. Offerten „Dawanna“ Berlin, Postamt 22. 9719

Schlosserei verkauft! billig wegen Übernahme eines Grundstücks. Röhderer Hofstraße 44, Daase. 1795\*

2 Läden, wichtig für Händler, verkauft! Schulstraße 63. 1795\*

Wollgeschäfte mit Pferd und Wagen zu verkaufen. Röhderer Hofstraße 12 im Schanzgeschäft.

Bestelle mit Ratrage verkauft! Wilschestr. 5, Hof III. Händler werden.

Rekonstruktion verkauft! billig (Werte 650 Mark) Lichtenberg, Wallstraße 25. 1791b

Für Landbesitzer sämtliche Baumaterialien, Dachpappe, Brennholz 5 Pfund Meter Charlottenburg, Diemannstraße 89. 1806\*

Fahrräder, verfallene, hochpreiswert im Fahrrad-Verkauf, Reichsstraße 11. Schunbauer ausgedehnt. 9718

Cigarrengeschäft, mittlerer Stadt, Anhalt, Karte Arbeiterbesorgung, große Wohnung, billige Preise, Friseur, sofort veräußert, 2000 erfordern. Offerten „Dawanna“ Berlin, Postamt 22. 9719

Schlosserei verkauft! billig wegen Übernahme eines Grundstücks. Röhderer Hofstraße 44, Daase. 1795\*

2 Läden, wichtig für Händler, verkauft! Schulstraße 63. 1795\*

Wichtiges Milchgeschäft zu verkaufen wegen anderer Unternehmungen. Stargarderstraße 24. 1750\*

Rahmenmalerei und Feuer-Versicherung vermittelt Vulkan-Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 857b

Verkauf des Rest guter Geschäftsfach vom Rahn, Charlottenburger-Ufer (an der Mark-Brücke), Gentner 2 Markt, 10 Pfund 20 Pfennig

Wollgeschäfte mit Pferd und Wagen zu verkaufen. Röhderer Hofstraße 12 im Schanzgeschäft.

Bestelle mit Ratrage verkauft! Wilschestr. 5, Hof III. Händler werden.

Rekonstruktion verkauft! billig (Werte 650 Mark) Lichtenberg, Wallstraße 25. 1791b

Für Landbesitzer sämtliche Baumaterialien, Dachpappe, Brennholz 5 Pfund Meter Charlottenburg, Diemannstraße 89. 1806\*

Fahrräder, verfallene, hochpreiswert im Fahrrad-Verkauf, Reichsstraße 11. Schunbauer ausgedehnt. 9718

Cigarrengeschäft, mittlerer Stadt, Anhalt, Karte Arbeiterbesorgung, große Wohnung, billige Preise, Friseur, sofort veräußert, 2000 erfordern. Off